

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt und zu dem Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt und das Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505, 1506) (Pekinger Übereinkommen/Pekinger Protokoll) wurden von der Bundesrepublik Deutschland am 12. Oktober 2016 unterzeichnet. Beiden Verträgen, die am 1. Juli 2018 und am 1. Januar 2018 in Kraft getreten sind, soll nun beigetreten werden.

Das Pekinger Übereinkommen ersetzt die Bestimmungen des Übereinkommens vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt (BGBl. 1977 II S. 1229, 1230) sowie das Protokoll vom 24. Februar 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen (BGBl. 1993 II S. 866; 1994 II S. 620).

Das Pekinger Protokoll ergänzt und ersetzt das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505, 1506).

Fristablauf: 06. 11. 20

B. Lösung

Durch das vorliegende Gesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für den Beitritt zu dem Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt und den Beitritt zu dem Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505, 1506) geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bund und für die Länder inklusive Kommunen fallen keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand an.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung auf Landesebene und auf Bundesebene fällt durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand an.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten fallen nicht an. Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

25. 09. 20

R – Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 10. September 2010
über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt
und zu dem Zusatzprotokoll vom 10. September 2010
zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970
zur Bekämpfung der
widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 25. September 2020

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt und zu dem Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Dr. Angela Merkel

Geszentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 10. September 2010
über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt
und zu dem Zusatzprotokoll vom 10. September 2010
zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970
zur Bekämpfung der
widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Beitritten der Bundesrepublik Deutschland zu dem in Peking am 12. Oktober 2016 gezeichneten Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt sowie zu dem in Peking am 12. Oktober 2016 gezeichneten Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505, 1506) wird zugestimmt. Das Übereinkommen und das Zusatzprotokoll werden nachstehend mit je einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Übereinkommen nach seinem Artikel 22 Absatz 2 und das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel XXIII Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, sind jeweils im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen vom 10. September 2010 über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt (im Folgenden: Pekinger Übereinkommen) und das Zusatzprotokoll vom 10. September 2010 zum Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (im Folgenden: Pekinger Protokoll) sind Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, weil sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, zu denen das Pekinger Übereinkommen nach seinem Artikel 22 Absatz 2 und das Pekinger Protokoll nach seinem Artikel XXIII Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, jeweils im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand. Es werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft oder für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft. Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Für die Verwaltung auf Landesebene und auf Bundesebene fällt durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand an. Die Vorgaben des Pekinger Übereinkommens und des Pekinger Protokolls sind in der Bundesrepublik bereits Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Insofern ist etwa auch ein signifikanter Anstieg von Rechtshilfeersuchen nicht zu erwarten.

Informationspflichten für Behörden des Bundes und der Länder werden durch das Pekinger Übereinkommen und das Pekinger Protokoll nicht geschaffen.

Das Gesetz steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der UN-Agenda 2030 dient. Der Entwurf trägt zur Verwirklichung des Nachhaltigkeitsziels 16 der UN-Agenda 2030 bei, indem er dessen Unterziel 16.1 (Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern) fördert.

Weitere Gesetzesfolgen, insbesondere verbraucherpolitische, gleichstellungspolitische oder demografische Auswirkungen, sind nicht zu erwarten.

Weder eine Befristung noch eine Evaluierung sind angezeigt.

Übereinkommen
über die Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
mit Bezug auf die internationale Zivilluftfahrt

Convention
on the Suppression of Unlawful Acts
Relating to International Civil Aviation

Convention
sur la répression des actes illicites
dirigés contre l'aviation civile internationale

(Übersetzung)

The States Parties to this Convention,

deeply concerned that unlawful acts against civil aviation jeopardize the safety and security of persons and property, seriously affect the operation of air services, airports and air navigation, and undermine the confidence of the peoples of the world in the safe and orderly conduct of civil aviation for all States;

recognizing that new types of threats against civil aviation require new concerted efforts and policies of cooperation on the part of States; and

being convinced that in order to better address these threats, there is an urgent need to strengthen the legal framework for international cooperation in preventing and suppressing unlawful acts against civil aviation;

have agreed as follows:

Article 1

1. Any person commits an offence if that person unlawfully and intentionally:

- (a) performs an act of violence against a person on board an aircraft in flight if that act is likely to endanger the safety of that aircraft; or
- (b) destroys an aircraft in service or causes damage to such an aircraft which renders it incapable of flight or which is likely to endanger its safety in flight; or
- (c) places or causes to be placed on an aircraft in service, by any means whatsoever, a device or substance which is likely to destroy that aircraft, or to cause damage to it which renders it incapable

Les États parties à la présente Convention,

profondément préoccupés par le fait que les actes illicites dirigés contre l'aviation civile compromettent la sécurité et la sûreté des personnes et des biens, gênent sérieusement l'exploitation des services aériens, des aéroports et de la navigation aérienne, et minent la confiance des peuples du monde dans la conduite sûre et ordonnée de l'aviation civile pour tous les États,

reconnaissant que les nouveaux types de menaces contre l'aviation civile exigent de nouveaux efforts concertés et de nouvelles politiques de coopération de la part des États, et

convaincus que, pour mieux faire face à ces menaces, il est urgent de renforcer le cadre juridique de la coopération internationale pour prévenir et réprimer les actes illicites dirigés contre l'aviation civile,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1^{er}

1. Commet une infraction pénale toute personne qui, illicitement et intentionnellement:

- (a) accomplit un acte de violence à l'encontre d'une personne se trouvant à bord d'un aéronef en vol, si cet acte est de nature à compromettre la sécurité de cet aéronef; ou
- (b) détruit un aéronef en service ou cause à un tel aéronef des dommages qui le rendent inapte au vol ou qui sont de nature à compromettre sa sécurité en vol; ou
- (c) place ou fait placer sur un aéronef en service, par quelque moyen que ce soit, un dispositif ou des substances propres à détruire ledit aéronef ou à lui causer des dommages qui le rendent inapte au

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

tief besorgt darüber, dass widerrechtliche Handlungen gegen die Zivilluftfahrt die Sicherheit von Personen und Sachen gefährden, den Betrieb von Luftverkehrsdiensten, von Flughäfen und der Flugnavigation erheblich beeinträchtigen und das Vertrauen der Völker der Welt in eine sichere und geordnete Zivilluftfahrt für alle Staaten untergraben,

in der Erkenntnis, dass neuartige Bedrohungen der Zivilluftfahrt neue abgestimmte Anstrengungen und eine neue Politik der Zusammenarbeit seitens der Staaten erforderlich machen,

in der Überzeugung, dass es, um diesen Bedrohungen besser zu begegnen, dringend nötig ist, den rechtlichen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Zivilluftfahrt zu stärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person an Bord eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs verübt, wenn diese Handlung geeignet ist, die Sicherheit dieses Luftfahrzeugs zu gefährden, oder
- b) ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug zerstört oder ein solches Luftfahrzeug derart beschädigt, dass es flugunfähig wird oder dass die Beschädigung geeignet ist, seine Flugsicherheit zu gefährden, oder
- c) in ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, dieses Luftfahrzeug zu zerstören

- | | | |
|--|---|--|
| <p>of flight, or to cause damage to it which is likely to endanger its safety in flight; or</p> | <p>vol ou qui sont de nature à compromettre sa sécurité en vol; ou</p> | <p>oder derart zu beschädigen, dass es flugunfähig wird oder dass die Beschädigung geeignet ist, seine Flugsicherheit zu gefährden, oder</p> |
| <p>(d) destroys or damages air navigation facilities or interferes with their operation, if any such act is likely to endanger the safety of aircraft in flight; or</p> | <p>(d) détruit ou endommage des installations ou services de navigation aérienne ou en perturbe le fonctionnement, si l'un de ces actes est de nature à compromettre la sécurité d'aéronefs en vol; ou</p> | <p>d) Flugnavigationseinrichtungen zerstört oder beschädigt oder ihren Betrieb beeinträchtigt, wenn eine solche Handlung geeignet ist, die Sicherheit eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs zu gefährden, oder</p> |
| <p>(e) communicates information which that person knows to be false, thereby endangering the safety of an aircraft in flight; or</p> | <p>(e) communique une information qu'elle sait être fausse et, de ce fait, compromet la sécurité d'un aéronef en vol; ou</p> | <p>e) wissentlich unrichtige Angaben macht und dadurch die Sicherheit eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs gefährdet oder</p> |
| <p>(f) uses an aircraft in service for the purpose of causing death, serious bodily injury, or serious damage to property or the environment; or</p> | <p>(f) utilise un aéronef en service dans le but de provoquer la mort ou de causer des dommages corporels graves ou des dégâts graves à des biens ou à l'environnement; ou</p> | <p>f) ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug benutzt, um den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- oder Umweltschäden zu verursachen, oder</p> |
| <p>(g) releases or discharges from an aircraft in service any BCN weapon or explosive, radioactive, or similar substances in a manner that causes or is likely to cause death, serious bodily injury or serious damage to property or the environment; or</p> | <p>(g) libère ou décharge à partir d'un aéronef en service une arme BCN ou des matières explosives ou radioactives, ou des substances semblables, d'une manière qui provoque ou est susceptible de provoquer la mort, ou de causer des dommages corporels graves ou des dégâts graves à des biens ou à l'environnement; ou</p> | <p>g) von einem im Einsatz befindlichen Luftfahrzeug biologische, chemische oder Kernwaffen oder explosionsgefährliche, radioaktive oder ähnliche Stoffe in einer Weise abwirft, auslöst oder ablässt, die den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- oder Umweltschäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder</p> |
| <p>(h) uses against or on board an aircraft in service any BCN weapon or explosive, radioactive, or similar substances in a manner that causes or is likely to cause death, serious bodily injury or serious damage to property or the environment; or</p> | <p>(h) utilise contre un aéronef ou à bord d'un aéronef en service une arme BCN ou des matières explosives ou radioactives, ou des substances semblables, d'une manière qui provoque ou est susceptible de provoquer la mort, ou de causer des dommages corporels graves ou des dégâts graves à des biens ou à l'environnement; ou</p> | <p>h) gegen ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug oder an Bord eines im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs biologische, chemische oder Kernwaffen oder explosionsgefährliche, radioaktive oder ähnliche Stoffe in einer Weise verwendet, die den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- oder Umweltschäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder</p> |
| <p>(i) transports, causes to be transported, or facilitates the transport of, on board an aircraft:</p> | <p>(i) transporte, fait transporter ou facilite le transport à bord d'un aéronef:</p> | <p>i) folgende Sachen an Bord eines Luftfahrzeugs befördert oder befördern lässt oder die Beförderung folgender Sachen an Bord eines Luftfahrzeugs erleichtert:</p> |
| <p>(1) any explosive or radioactive material, knowing that it is intended to be used to cause, or in a threat to cause, with or without a condition, as is provided for under national law, death or serious injury or damage for the purpose of intimidating a population, or compelling a government or an international organization to do or to abstain from doing any act; or</p> | <p>(1) des explosifs ou des matières radioactives, en sachant que ceux-ci sont destinés à provoquer, ou à menacer de provoquer, la mort ou des dommages corporels ou matériels graves, ladite menace étant assortie ou non, en vertu du droit interne, d'une condition, afin d'intimider une population ou de contraindre un gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque; ou</p> | <p>1. Sprengstoff oder radioaktives Material in dem Wissen, dass die Sache verwendet werden soll, um den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Schäden zu verursachen oder anzudrohen, mit dem Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, gleichviel ob diese Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, oder</p> |
| <p>(2) any BCN weapon, knowing it to be a BCN weapon as defined in Article 2; or</p> | <p>(2) toute arme BCN, en sachant qu'il s'agit d'une arme BCN au sens de l'article 2; ou</p> | <p>2. biologische, chemische oder Kernwaffen in dem Wissen, dass es sich um eine biologische, chemische oder Kernwaffe im Sinne des Artikels 2 handelt, oder</p> |
| <p>(3) any source material, special fissionable material, or equipment or material especially designed or prepared for the processing, use or production of special fissionable material, knowing that it is intended to be used in a nuclear explosive activity or in any other nuclear activity not under safeguards pursuant to a</p> | <p>(3) des matières brutes ou produits fissiles spéciaux, ou des équipements ou matières spécialement conçus ou préparés pour le traitement, l'utilisation ou la production de produits fissiles spéciaux, en sachant que ces matières, produits ou équipements sont destinés à une activité relative aux explosifs</p> | <p>3. Ausgangsmaterial, besonderes spaltbares Material, oder Ausrüstungen oder Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind, in dem Wissen, dass sie bei einer Kernexplosion oder einer anderen nuklearen Tätig-</p> |

safeguards agreement with the International Atomic Energy Agency; or

- (4) any equipment, materials or software or related technology that significantly contributes to the design, manufacture or delivery of a BCN weapon without lawful authorization and with the intention that it will be used for such purpose;

provided that for activities involving a State Party, including those undertaken by a person or legal entity authorized by a State Party, it shall not be an offence under subparagraphs (3) and (4) if the transport of such items or materials is consistent with or is for a use or activity that is consistent with its rights, responsibilities and obligations under the applicable multilateral non-proliferation treaty to which it is a party including those referred to in Article 7.

2. Any person commits an offence if that person unlawfully and intentionally, using any device, substance or weapon:

- (a) performs an act of violence against a person at an airport serving international civil aviation which causes or is likely to cause serious injury or death; or
- (b) destroys or seriously damages the facilities of an airport serving international civil aviation or aircraft not in service located thereon or disrupts the services of the airport,

if such an act endangers or is likely to endanger safety at that airport.

3. Any person also commits an offence if that person:

- (a) makes a threat to commit any of the offences in subparagraphs (a), (b), (c), (d), (f), (g) and (h) of paragraph 1 or in paragraph 2 of this Article; or
- (b) unlawfully and intentionally causes any person to receive such a threat,

under circumstances which indicate that the threat is credible.

4. Any person also commits an offence if that person:

nucléaires ou à toute autre activité nucléaire non soumise à des garanties en vertu d'un accord de garanties avec l'Agence internationale de l'énergie atomique; ou

- (4) des équipements, matières ou logiciels, ou des technologies connexes qui contribuent de manière significative à la conception, à la fabrication ou au lancement d'une arme BCN sans autorisation licite et avec l'intention de les utiliser à cette fin;

étant entendu que pour les activités faisant intervenir un État partie, y compris celles qui sont entreprises par une personne physique ou une personne morale autorisée par un État partie, il n'y a pas infraction en vertu des sous-alinéas (3) et (4) si le transport de ces articles ou matières est compatible avec ou destiné à une utilisation ou activité compatible avec ses droits, responsabilités et obligations en vertu du traité multilatéral de non-prolifération applicable auquel il est partie, y compris ceux qui sont cités à l'article 7.

2. Commet une infraction pénale toute personne qui, illicitement et intentionnellement, à l'aide d'un dispositif, d'une substance ou d'une arme:

- (a) accomplit à l'encontre d'une personne, dans un aéroport servant à l'aviation civile internationale, un acte de violence qui cause ou est de nature à causer des blessures graves ou la mort; ou
- (b) détruit ou endommage gravement les installations d'un aéroport servant à l'aviation civile internationale ou des aéronefs qui ne sont pas en service et qui se trouvent dans l'aéroport, ou perturbe les services de l'aéroport,

si cet acte compromet ou est de nature à compromettre la sécurité dans cet aéroport.

3. Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- (a) menace de commettre l'une des infractions visées aux alinéas (a), (b), (c), (d), (f), (g) et (h) du paragraphe 1 ou au paragraphe 2 du présent article; ou
- (b) fait en sorte, illicitement et intentionnellement, qu'une personne reçoive une telle menace,

dans des circonstances qui indiquent la crédibilité de la menace.

4. Commet également une infraction pénale toute personne qui:

keit, die nicht Sicherungsmaßnahmen aufgrund einer Übereinkunft mit der Internationalen Atomenergie-Organisation über Sicherungsmaßnahmen unterliegt, verwendet werden sollen, oder

4. Ausrüstungen, Materialien oder Software oder damit zusammenhängende Technologien, die wesentlich zur Entwicklung, Herstellung oder Lieferung einer biologischen, chemischen oder Kernwaffe beitragen, wenn er dies ohne rechtmäßige Ermächtigung und in der Absicht tut, dass diese für einen solchen Zweck verwendet werden,

mit der Maßgabe, dass Tätigkeiten, an denen ein Vertragsstaat beteiligt ist, einschließlich solcher, die von einer von einem Vertragsstaat ermächtigten natürlichen oder juristischen Person ausgeführt werden, keine Straftaten nach den Nummern 3 und 4 darstellen, wenn die Beförderung solcher Gegenstände oder Materialien mit den Rechten, Verantwortlichkeiten und Pflichten aus dem anwendbaren mehrseitigen Nichtverbreitungsvertrag im Einklang steht, dessen Vertragspartei der Vertragsstaat ist, einschließlich der in Artikel 7 genannten Rechte, Verantwortlichkeiten und Pflichten, oder wenn sie zum Zweck einer Verwendung oder Tätigkeit erfolgt, die mit diesen Rechten, Verantwortlichkeiten und Pflichten im Einklang steht.

(2) Eine Straftat begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich unter Verwendung einer Vorrichtung, einer anderen Sache oder einer Waffe

- a) eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einem Flughafen, welcher der internationalen Zivilluftfahrt dient, verübt, wenn diese Handlung schwere Körperverletzungen oder den Tod verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder
- b) die Einrichtungen eines Flughafens, welcher der internationalen Zivilluftfahrt dient, oder eines nicht im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs, das sich auf diesem Flughafen befindet, zerstört oder schwer beschädigt oder den Betrieb des Flughafens zum Erliegen bringt,

wenn diese Handlung die Sicherheit auf diesem Flughafen gefährdet oder zu gefährden geeignet ist.

(3) Eine Straftat begeht auch, wer

- a) damit droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben a, b, c, d, f, g und h oder in Absatz 2 genannten Straftaten zu begehen, oder
- b) widerrechtlich und vorsätzlich bewirkt, dass eine Person eine solche Drohung erhält,

wenn dies unter Umständen geschieht, welche die Drohung glaubwürdig machen.

(4) Eine Straftat begeht ferner, wer

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(a) attempts to commit any of the offences set forth in paragraph 1 or 2 of this Article; or</p> <p>(b) organizes or directs others to commit an offence set forth in paragraph 1, 2, 3 or 4(a) of this Article; or</p> <p>(c) participates as an accomplice in an offence set forth in paragraph 1, 2, 3 or 4(a) of this Article; or</p> <p>(d) unlawfully and intentionally assists another person to evade investigation, prosecution or punishment, knowing that the person has committed an act that constitutes an offence set forth in paragraph 1, 2, 3, 4(a), 4(b) or 4(c) of this Article, or that the person is wanted for criminal prosecution by law enforcement authorities for such an offence or has been sentenced for such an offence.</p> | <p>(a) tente de commettre l'une des infractions visées aux paragraphes 1 ou 2 du présent article; ou</p> <p>(b) organise ou fait commettre par d'autres personnes une infraction visée aux paragraphes 1, 2, 3 ou 4, alinéa (a), du présent article; ou</p> <p>(c) participe comme complice à une infraction visée aux paragraphes 1, 2, 3 ou 4, alinéa (a), du présent article; ou</p> <p>(d) illicitement et intentionnellement, aide une personne à se soustraire à une enquête, à des poursuites ou à une peine, en sachant que cette personne a commis un acte qui constitue une infraction visée aux paragraphes 1, 2, 3, 4, alinéa (a), 4, alinéa (b), ou 4, alinéa (c), du présent article, ou qu'elle est recherchée en vue de poursuites pénales pour une telle infraction par les autorités chargées de l'application de la loi, ou qu'elle a été condamnée pour une telle infraction.</p> | <p>a) versucht, eine der in Absatz 1 oder 2 genannten Straftaten zu begehen, oder</p> <p>b) eine in Absatz 1, 2 oder 3 oder unter Buchstabe a genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen, oder</p> <p>c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Absatz 1, 2 oder 3 oder unter Buchstabe a genannten Straftat teilnimmt oder</p> <p>d) widerrechtlich und vorsätzlich einer anderen Person dabei hilft, sich Ermittlungen, einer Strafverfolgung oder einer Bestrafung zu entziehen, und dabei weiß, dass diese Person eine Handlung begangen hat, die eine Straftat nach Absatz 1, 2 oder 3 oder nach Buchstabe a, b oder c darstellt, oder dass diese Person wegen einer solchen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden zum Zweck der Strafverfolgung gesucht wird oder wegen einer solchen Straftat verurteilt wurde.</p> |
|---|---|--|

5. Each State Party shall also establish as offences, when committed intentionally, whether or not any of the offences set forth in paragraph 1, 2 or 3 of this Article is actually committed or attempted, either or both of the following:

- (a) agreeing with one or more other persons to commit an offence set forth in paragraph 1, 2 or 3 of this Article and, where required by national law, involving an act undertaken by one of the participants in furtherance of the agreement; or
- (b) contributing in any other way to the commission of one or more offences set forth in paragraph 1, 2 or 3 of this Article by a group of persons acting with a common purpose, and such contribution shall either:
- (i) be made with the aim of furthering the general criminal activity or purpose of the group, where such activity or purpose involves the commission of an offence set forth in paragraph 1, 2 or 3 of this Article; or
- (ii) be made in the knowledge of the intention of the group to commit an offence set forth in paragraph 1, 2 or 3 of this Article.

Article 2

For the purposes of this Convention:

- (a) an aircraft is considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation; in the case of a forced landing, the flight shall be deemed to continue until the competent authorities take over the responsibility for the aircraft and for persons and property on board;

5. Chaque État partie confère aussi le caractère d'infraction pénale à l'un ou l'autre des actes suivants ou aux deux, lorsqu'ils sont commis intentionnellement, que les infractions visées aux paragraphes 1, 2 ou 3 du présent article soient ou non effectivement commises ou tentées:

- (a) s'entendre avec une ou plusieurs autres personnes en vue de commettre une infraction visée aux paragraphes 1, 2 ou 3 du présent article et qui, lorsque le droit interne l'exige, implique un acte commis par un des participants en vertu de cette entente; ou
- (b) contribuer de toute autre manière à la perpétration d'une ou plusieurs infractions visées aux paragraphes 1, 2 ou 3 du présent article par un groupe de personnes agissant de concert et:
- (i) soit pour faciliter l'activité criminelle générale du groupe ou servir le but de celui-ci, lorsque cette activité ou ce but suppose la perpétration d'une infraction visée aux paragraphes 1, 2 ou 3 du présent article;
- (ii) soit en sachant que le groupe a l'intention de commettre une infraction visée aux paragraphes 1, 2 ou 3 du présent article.

Article 2

Aux fins de la présente Convention:

- (a) un aéronef est considéré comme étant en vol depuis le moment où, l'embarquement étant terminé, toutes ses portes extérieures ont été fermées jusqu'au moment où l'une de ces portes est ouverte en vue du débarquement; en cas d'atterrissage forcé, le vol est censé se poursuivre jusqu'à ce que les autorités compétentes prennent en charge l'aéronef ainsi que les personnes et biens à bord;

(5) Ferner umschreibt jeder Vertragsstaat eine der folgenden Handlungen oder beide, wenn vorsätzlich begangen und unabhängig davon, ob die Begehung oder der Versuch einer der in Absatz 1, 2 oder 3 genannten Straftaten tatsächlich erfolgt, als Straftaten:

- a) die Verabredung mit einer oder mehreren Personen, eine in Absatz 1, 2 oder 3 genannte Straftat zu begehen, verbunden, wenn das innerstaatliche Recht dies verlangt, mit einer von einem Beteiligten zur Förderung dieser Verabredung vorgenommenen Handlung, oder
- b) jeden anderweitigen Beitrag zur Begehung einer oder mehrerer der in Absatz 1, 2 oder 3 genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen; dieser Beitrag muss geleistet werden
- i) entweder zu dem Zweck, die allgemeine kriminelle Tätigkeit oder das allgemeine kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn diese Tätigkeit oder dieses Ziel die Begehung einer in Absatz 1, 2 oder 3 genannten Straftat einschließt, oder
- ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Absatz 1, 2 oder 3 genannte Straftat zu begehen.

Artikel 2

Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) gilt ein Luftfahrzeug als im Flug befindlich von dem Augenblick an, in dem alle Außentüren nach dem Einsteigen geschlossen worden sind, bis zu dem Augenblick, in dem eine dieser Türen zum Aussteigen geöffnet wird; im Fall einer Notlandung gilt der Flug als fortdauernd, bis die zuständigen Behörden die Verantwortung für das Luftfahrzeug und für die Personen und Sachen an Bord übernehmen;

- (b) an aircraft is considered to be in service from the beginning of the preflight preparation of the aircraft by ground personnel or by the crew for a specific flight until twenty-four hours after any landing; the period of service shall, in any event, extend for the entire period during which the aircraft is in flight as defined in paragraph (a) of this Article;
- (b) un aéronef est considéré comme étant en service depuis le moment où le personnel au sol ou l'équipage commence à le préparer en vue d'un vol déterminé jusqu'à l'expiration d'un délai de vingt-quatre heures suivant tout atterrissage; la période de service s'étend en tout état de cause à la totalité du temps pendant lequel l'aéronef se trouve en vol au sens de l'alinéa (a) du présent article;
- (b) gilt ein Luftfahrzeug als im Einsatz befindlich vom Beginn der Flugvorbereitung des Luftfahrzeugs durch das Bodenpersonal oder die Besatzung für einen bestimmten Flug bis zum Ablauf von vierundzwanzig Stunden nach jeder Landung; der Zeitraum, in dem sich das Luftfahrzeug im Einsatz befindet, umfasst in jedem Fall den gesamten Zeitraum, während dessen sich das Luftfahrzeug im Sinne des Buchstabens a im Flug befindet;
- (c) "Air navigation facilities" include signals, data, information or systems necessary for the navigation of the aircraft;
- (c) les «installations et services de navigation aérienne» comprennent les signaux, données, renseignements ou systèmes nécessaires à la navigation de l'aéronef;
- (c) umfasst der Ausdruck „Flugnavigationseinrichtungen“ Signale, Daten, Informationen und Systeme, die für die Navigation des Luftfahrzeugs erforderlich sind;
- (d) "Toxic chemical" means any chemical which through its chemical action on life processes can cause death, temporary incapacitation or permanent harm to humans or animals. This includes all such chemicals, regardless of their origin or of their method of production, and regardless of whether they are produced in facilities, in munitions or elsewhere;
- (d) «produit chimique toxique» s'entend de tout produit chimique qui, par son action chimique sur des processus biologiques, peut provoquer chez les êtres humains ou les animaux la mort, une incapacité temporaire ou des dommages permanents. Cela comprend tous les produits chimiques de ce type, quels qu'en soient l'origine ou le mode de fabrication, qu'ils soient obtenus dans des installations, dans des munitions ou ailleurs;
- (d) bedeutet der Ausdruck „toxische Chemikalie“ jede Chemikalie, die durch ihre chemische Wirkung auf die Lebensvorgänge den Tod, eine vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch oder Tier herbeiführen kann. Dazu gehören alle derartigen Chemikalien, ungeachtet ihrer Herkunft oder der Art ihrer Produktion und ungeachtet dessen, ob sie in Einrichtungen, in Munition oder anderswo produziert werden;
- (e) "Radioactive material" means nuclear material and other radioactive substances which contain nuclides which undergo spontaneous disintegration (a process accompanied by emission of one or more types of ionizing radiation, such as alpha-, beta-, neutron particles and gamma rays) and which may, owing to their radiological or fissile properties, cause death, serious bodily injury or substantial damage to property or to the environment;
- (e) «matière radioactive» s'entend de toute matière nucléaire ou autre substance radioactive contenant des nucléides qui se désintègrent spontanément (processus accompagné de l'émission d'un ou plusieurs types de rayonnements ionisants tels que les rayons alpha, bêta et gamma et les neutrons) et qui pourraient, du fait de leurs propriétés radiologiques ou fissiles, causer la mort, des dommages corporels graves ou des dommages substantiels aux biens ou à l'environnement;
- (e) bedeutet der Ausdruck „radioaktives Material“ Kernmaterial und andere radioaktive Stoffe, welche Nuklide enthalten, die spontan zerfallen (ein Prozess, der unter Emission einer oder mehrerer Arten von ionisierender Strahlung stattfindet, wie von Alpha-, Beta- und Neutronenteilchen sowie Gammastrahlen) und die aufgrund ihrer radiologischen oder spaltbaren Eigenschaften den Tod, eine schwere Körperverletzung oder bedeutende Sach- oder Umweltschäden verursachen können;
- (f) "Nuclear material" means plutonium, except that with isotopic concentration exceeding 80 per cent in plutonium-238; uranium-233; uranium enriched in the isotope 235 or 233; uranium containing the mixture of isotopes as occurring in nature other than in the form of ore or ore residue; or any material containing one or more of the foregoing;
- (f) «matières nucléaires» s'entend du plutonium, sauf le plutonium dont la concentration isotopique en plutonium 238 dépasse 80 %, de l'uranium 233, de l'uranium enrichi en isotope 235 ou 233, de l'uranium contenant le mélange d'isotopes qui se trouve dans la nature autrement que sous la forme de minerai ou de résidu de minerai, ou de toute autre matière contenant un ou plusieurs de ces éléments précités;
- (f) bedeutet der Ausdruck „Kernmaterial“ Plutonium mit Ausnahme von Plutonium mit einer mehr als 80%igen Konzentration des Isotops Plutonium 238; Uran 233; mit den Isotopen 235 oder 233 angereichertes Uran; Uran, das die in der Natur vorkommende Isotopen-Mischung enthält, sofern es sich nicht um Erz oder Erzurückstände handelt; jedes Material, das einen oder mehrere der genannten Stoffe enthält;
- (g) "Uranium enriched in the isotope 235 or 233" means uranium containing the isotope 235 or 233 or both in an amount such that the abundance ratio of the sum of these isotopes to the isotope 238 is greater than the ratio of the isotope 235 to the isotope 238 occurring in nature;
- (g) «uranium enrichi en isotope 235 ou 233» s'entend de l'uranium contenant soit l'isotope 235, soit l'isotope 233, soit ces deux isotopes, en quantité telle que le rapport entre les teneurs isotopiques pour la somme de ces deux isotopes et l'isotope 238 est supérieur au rapport entre l'isotope 235 et l'isotope 238 dans l'uranium naturel;
- (g) bedeutet der Ausdruck „mit den Isotopen 235 oder 233 angereichertes Uran“ Uran, das die Isotope 235 oder 233 oder beide in einer solchen Menge enthält, dass das Verhältnis der Summe dieser Isotope zum Isotop 238 höher liegt als das in der Natur vorkommende Verhältnis des Isotops 235 zum Isotop 238;
- (h) "BCN weapon" means:
- (h) «armes BCN» s'entend:
- (h) bedeutet der Ausdruck „biologische, chemische oder Kernwaffen“
- (a) "biological weapons", which are:
- (a) des «armes biologiques», qui sont:
- (a) „biologische Waffen“, nämlich
- (i) microbial or other biological agents, or toxins whatever their origin or method of production, of types and in quantities that have no justification for prophylactic, protective or other peace-
- (i) des agents microbiologiques ou autres agents biologiques ainsi que des toxines, quels qu'en soient l'origine ou le mode de production, de types et en quantités qui ne sont pas destinés à
- (i) mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder – ungeachtet ihres Ursprungs und ihrer Herstellungsmethode – Toxine von Arten und in Mengen, die nicht durch Vorbeugungs-,

ful purposes; or	des fins prophylactiques, de protection ou à d'autres fins pacifiques; ou	Schutz- oder sonstige friedliche Zwecke gerechtfertigt sind, oder
(ii) weapons, equipment or means of delivery designed to use such agents or toxins for hostile purposes or in armed conflict.	(ii) des armes, équipements ou vecteurs destinés à l'emploi de tels agents ou toxines à des fins hostiles ou dans des conflits armés;	ii) Waffen, Ausrüstungen oder Trägersysteme, die für die Verwendung solcher Agenzien oder Toxine für feindselige Zwecke oder in einem bewaffneten Konflikt bestimmt sind;
(b) "chemical weapons", which are, together or separately:	(b) des «armes chimiques», qui sont, prises ensemble ou séparément:	b) „chemische Waffen“, die zusammen oder für sich allein
(i) toxic chemicals and their precursors, except where intended for:	(i) des produits chimiques toxiques et leurs précurseurs, à l'exception de ceux qui sont destinés:	i) toxische Chemikalien und ihre Vorprodukte sind, mit Ausnahme derjenigen, die bestimmt sind für
(A) industrial, agricultural, research, medical, pharmaceutical or other peaceful purposes; or	(A) à des fins industrielles, agricoles, médicales, pharmaceutiques, de recherche, ou à d'autres fins pacifiques; ou	A) industrielle, landwirtschaftliche, forschungsbezogene, medizinische, pharmazeutische oder sonstige friedliche Zwecke oder
(B) protective purposes, namely those purposes directly related to protection against toxic chemicals and to protection against chemical weapons; or	(B) à des fins de protection, c'est-à-dire ayant un rapport direct avec la protection contre les produits chimiques toxiques et la protection contre les armes chimiques; ou	B) Schutzzwecke, das heißt solche Zwecke, die mit dem Schutz gegen toxische Chemikalien und dem Schutz gegen chemische Waffen unmittelbar in Zusammenhang stehen, oder
(C) military purposes not connected with the use of chemical weapons and not dependent on the use of the toxic properties of chemicals as a method of warfare; or	(C) à des fins militaires sans rapport avec l'emploi d'armes chimiques et qui ne sont pas tributaires de l'emploi, en tant que moyen de guerre, des propriétés toxiques de produits chimiques; ou	C) militärische Zwecke, die nicht mit dem Einsatz chemischer Waffen zusammenhängen und die nicht von den toxischen Eigenschaften der Chemikalien als Mittel der Kriegsführung abhängen, oder
(D) law enforcement including domestic riot control purposes,	(D) à des fins de maintien de l'ordre public, y compris de lutte antiémeute sur le plan intérieur;	D) Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, einschließlich der innerstaatlichen Bekämpfung von Unruhen,
as long as the types and quantities are consistent with such purposes;	aussi longtemps que les types et quantités sont compatibles avec de telles fins;	solange diese nach Art und Menge mit solchen Zwecken vereinbar sind;
(ii) munitions and devices specifically designed to cause death or other harm through the toxic properties of those toxic chemicals specified in subparagraph (b)(i), which would be released as a result of the employment of such munitions and devices;	(ii) des munitions et dispositifs expressément conçus pour provoquer la mort ou d'autres dommages par l'action toxique des produits chimiques toxiques définis à l'alinéa (b), sous-alinéa (i), qui seraient libérés du fait de l'emploi de ces munitions et dispositifs;	ii) Munition oder Geräte sind, die eigens dazu entworfen sind, durch die toxischen Eigenschaften der unter Ziffer i genannten toxischen Chemikalien, welche infolge der Verwendung solcher Munition oder Geräte freigesetzt würden, den Tod oder sonstige Körperschäden herbeizuführen;
(iii) any equipment specifically designed for use directly in connection with the employment of munitions and devices specified in subparagraph (b)(ii).	(iii) tout équipement expressément destiné à être utilisé directement en liaison avec l'emploi de munitions et dispositifs visés à l'alinéa (b), sous-alinéa (ii);	iii) eine Ausrüstung sind, die eigens dazu entworfen ist, im unmittelbaren Zusammenhang mit Munition und Geräten verwendet zu werden, wie sie unter Ziffer ii genannt sind;
(c) nuclear weapons and other nuclear explosive devices.	(c) des armes nucléaires et autres dispositifs explosifs nucléaires;	c) Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper;
(i) "Precursor" means any chemical reactant which takes part at any stage in the production by whatever method of a toxic chemical. This includes any key component of a binary or multicomponent chemical system;	(i) «précurseur» s'entend de tout réactif chimique qui entre à un stade quelconque dans la fabrication d'un produit chimique toxique, quel que soit le procédé utilisé. Cela comprend tout composant clé d'un système chimique binaire ou à composants multiples;	i) bedeutet der Ausdruck „Vorprodukt“ eine chemische Reaktionskomponente, die auf irgendeiner Stufe bei jeder Art von Produktion einer toxischen Chemikalie beteiligt ist. Dazu gehört jede Schlüsselkomponente eines binären oder Mehrkomponentensystems;
(j) the terms "source material" and "special fissionable material" have the same	(j) les termes «matière brute» et «produit fissile spécial» ont le même sens que	j) haben die Ausdrücke „Ausgangsmaterial“ und „besonderes spaltbares Mate-

meaning as given to those terms in the Statute of the International Atomic Energy Agency, done at New York on 26 October 1956.

Article 3

Each State Party undertakes to make the offences set forth in Article 1 punishable by severe penalties.

Article 4

1. Each State Party, in accordance with its national legal principles, may take the necessary measures to enable a legal entity located in its territory or organized under its laws to be held liable when a person responsible for management or control of that legal entity has, in that capacity, committed an offence set forth in Article 1. Such liability may be criminal, civil or administrative.

2. Such liability is incurred without prejudice to the criminal liability of individuals having committed the offences.

3. If a State Party takes the necessary measures to make a legal entity liable in accordance with paragraph 1 of this Article, it shall endeavour to ensure that the applicable criminal, civil or administrative sanctions are effective, proportionate and dissuasive. Such sanctions may include monetary sanctions.

Article 5

1. This Convention shall not apply to aircraft used in military, customs or police services.

2. In the cases contemplated in subparagraphs (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) and (i) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall apply irrespective of whether the aircraft is engaged in an international or domestic flight, only if:

(a) the place of take-off or landing, actual or intended, of the aircraft is situated outside the territory of the State of registry of that aircraft; or

(b) the offence is committed in the territory of a State other than the State of registry of the aircraft.

3. Notwithstanding paragraph 2 of this Article, in the cases contemplated in subparagraphs (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) and (i) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall also apply if the offender or the alleged offender is found in the territory of a State other than the State of registry of the aircraft.

4. With respect to the States Parties mentioned in Article 15 and in the cases set

celui qui leur est donné dans le Statut de l'Agence internationale de l'énergie atomique, fait à New York le 26 octobre 1956.

Article 3

Tout État partie s'engage à réprimer de peines sévères les infractions visées à l'article 1^{er}.

Article 4

1. Chaque État partie, conformément aux principes de son droit interne, peut prendre les mesures nécessaires pour que la responsabilité d'une personne morale située sur son territoire ou constituée sous l'empire de sa législation soit engagée lorsqu'une personne responsable de la direction ou du contrôle de cette personne morale a, en cette qualité, commis une infraction visée à l'article 1^{er}. Cette responsabilité peut être pénale, civile ou administrative.

2. Ladite responsabilité est engagée sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques qui ont commis les infractions.

3. Si un État partie prend les mesures nécessaires pour que soit engagée la responsabilité d'une personne morale en vertu du paragraphe 1 du présent article, il s'efforce de veiller à ce que les sanctions pénales, civiles ou administratives applicables soient efficaces, proportionnées et dissuasives. Ces sanctions peuvent être notamment d'ordre pécuniaire.

Article 5

1. La présente Convention ne s'applique pas aux aéronefs utilisés à des fins militaires, de douane ou de police.

2. Dans les cas visés aux alinéas (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) et (i) du paragraphe 1 de l'article 1^{er}, la présente Convention, qu'il s'agisse d'un aéronef en vol international ou intérieur, ne s'applique que:

(a) si le lieu effectif ou prévu du décollage ou de l'atterrissage de l'aéronef est situé hors du territoire de l'État d'immatriculation de cet aéronef; ou

(b) si l'infraction est commise sur le territoire d'un État autre que l'État d'immatriculation de l'aéronef.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent article, dans les cas visés aux alinéas (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) et (i) du paragraphe 1 de l'article 1^{er}, la présente Convention s'applique également si l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert sur le territoire d'un État autre que l'État d'immatriculation de l'aéronef.

4. En ce qui concerne les États parties visés à l'article 15 et dans les cas visés aux

rial" dieselbe Bedeutung wie in der am 26. Oktober 1956 in New York beschlossenen Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Artikel 3

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in Artikel 1 genannten Straftaten mit schweren Strafen zu bedrohen.

Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat kann in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine juristische Person, die ihren Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat oder nach seinem Recht gegründet wurde, zur Verantwortung ziehen zu können, wenn eine für die Leitung oder Kontrolle dieser juristischen Person zuständige Person in dieser Eigenschaft eine in Artikel 1 genannte Straftat begangen hat. Diese Verantwortung kann strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art sein.

(2) Diese Verantwortung besteht unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung von Einzelpersonen, welche die Straftaten begangen haben.

(3) Trifft ein Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen, um eine juristische Person nach Absatz 1 zur Verantwortung ziehen zu können, so bemüht er sich sicherzustellen, dass die anwendbaren strafrechtlichen, zivilrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Sanktionen wirksam, angemessen und abschreckend sind. Diese können auch Geld- und Vermögensstrafen umfassen.

Artikel 5

(1) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Luftfahrzeuge, die im Militär-, Zoll- oder Polizeidienst verwendet werden.

(2) In den Fällen des Artikels 1 Absatz 1 Buchstaben a, b, c, e, f, g, h und i findet dieses Übereinkommen, gleichviel ob es sich um ein Luftfahrzeug auf einem internationalen Flug oder auf einem Inlandflug handelt, nur Anwendung, wenn

a) der tatsächliche oder beabsichtigte Abflug- oder Landeort des Luftfahrzeugs außerhalb des Hoheitsgebiets des Eintragsstaats dieses Luftfahrzeugs gelegen ist oder

b) die Straftat im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als des Eintragsstaats des Luftfahrzeugs begangen wird.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 findet das Übereinkommen in den Fällen des Artikels 1 Absatz 1 Buchstaben a, b, c, e, f, g, h und i ebenfalls Anwendung, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als des Eintragsstaats des Luftfahrzeugs aufgefunden wird.

(4) In Bezug auf die in Artikel 15 genannten Vertragsstaaten und in den Fällen des

forth in subparagraphs (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) and (i) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall not apply if the places referred to in subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article are situated within the territory of the same State where that State is one of those referred to in Article 15, unless the offence is committed or the offender or alleged offender is found in the territory of a State other than that State.

5. In the cases contemplated in subparagraph (d) of paragraph 1 of Article 1, this Convention shall apply only if the air navigation facilities are used in international air navigation.

6. The provisions of paragraphs 2, 3, 4 and 5 of this Article shall also apply in the cases contemplated in paragraph 4 of Article 1.

Article 6

1. Nothing in this Convention shall affect other rights, obligations and responsibilities of States and individuals under international law, in particular the purposes and principles of the Charter of the United Nations, the Convention on International Civil Aviation and international humanitarian law.

2. The activities of armed forces during an armed conflict, as those terms are understood under international humanitarian law, which are governed by that law are not governed by this Convention, and the activities undertaken by military forces of a State in the exercise of their official duties, inasmuch as they are governed by other rules of international law, are not governed by this Convention.

3. The provisions of paragraph 2 of this Article shall not be interpreted as condoning or making lawful otherwise unlawful acts, or precluding prosecution under other laws.

Article 7

Nothing in this Convention shall affect the rights, obligations and responsibilities under the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, signed at London, Moscow and Washington on 1 July 1968, the Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction, signed at London, Moscow and Washington on 10 April 1972, or the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and Use of Chemical Weapons and on Their Destruction, signed at Paris on 13 January 1993, of States Parties to such treaties.

alinéas (a), (b), (c), (e), (f), (g), (h) et (i) du paragraphe 1 de l'article 1^{er}, la présente Convention ne s'applique pas si les lieux mentionnés à l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent article sont situés sur le territoire d'un seul des États visés à l'article 15, à moins que l'infraction soit commise ou que l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction soit découvert sur le territoire d'un autre État.

5. Dans les cas visés à l'alinéa (d) du paragraphe 1 de l'article 1^{er}, la présente Convention ne s'applique que si les installations et services de navigation aérienne sont utilisés pour la navigation aérienne internationale.

6. Les dispositions des paragraphes 2, 3, 4 et 5 du présent article s'appliquent également dans les cas prévus au paragraphe 4 de l'article 1^{er}.

Article 6

1. Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux autres droits, obligations et responsabilités qui découlent, pour les États et les individus, du droit international, et en particulier des buts et principes de la Charte des Nations Unies, de la Convention relative à l'aviation civile internationale et du droit international humanitaire.

2. Les activités des forces armées en période de conflit armé, au sens donné à ces termes en droit international humanitaire, qui sont régies par ce droit, ne sont pas régies par la présente Convention, et les activités accomplies par les forces armées d'un État dans l'exercice de leurs fonctions officielles, dans la mesure où elles sont régies par d'autres règles de droit international, ne sont pas régies non plus par la présente Convention.

3. Les dispositions du paragraphe 2 du présent article ne s'interprètent pas comme excusant ou rendant licites des actes par ailleurs illicites, ni comme excluant l'exercice de poursuites sous l'empire d'autres lois.

Article 7

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits, obligations et responsabilités des États parties au Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, signé à Londres, Moscou et Washington le 1^{er} juillet 1968, à la Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication et du stockage des armes bactériologiques (biologiques) ou à toxines et sur leur destruction, signée à Londres, Moscou et Washington le 10 avril 1972, ou à la Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication, du stockage et de l'emploi des armes chimiques et sur leur destruction, signée à Paris le 13 janvier 1993.

Artikels 1 Absatz 1 Buchstaben a, b, c, e, f, g, h und i findet dieses Übereinkommen keine Anwendung, wenn die in Absatz 2 Buchstabe a erwähnten Orte im Hoheitsgebiet desselben Staates gelegen sind und wenn dieser Staat einer der in Artikel 15 erwähnten Staaten ist, es sei denn, dass die Straftat im Hoheitsgebiet eines anderen als dieses Staates begangen oder der Täter oder der Verdächtige in einem solchen anderen Staat aufgefunden wurde.

(5) In den Fällen des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe d findet dieses Übereinkommen nur Anwendung, wenn die Flugnavigationseinrichtungen in der internationalen Luftfahrt verwendet werden.

(6) Die Absätze 2, 3, 4 und 5 finden auch in den Fällen des Artikels 1 Absatz 4 Anwendung.

Artikel 6

(1) Dieses Übereinkommen berührt nicht die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für Staaten und Einzelpersonen aus dem Völkerrecht, insbesondere den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt und dem humanitären Völkerrecht, ergeben.

(2) Die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts, die von jenem Recht erfasst werden, sind von diesem Übereinkommen nicht erfasst; die Tätigkeiten, die Streitkräfte eines Staates in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten ausüben, sind von diesem Übereinkommen ebenfalls nicht erfasst, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind.

(3) Absatz 2 ist nicht so auszulegen, als würden dadurch ansonsten widerrechtliche Handlungen entschuldigt oder rechtmäßig oder als verhindere er die Strafverfolgung nach anderen Gesetzen.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für die Vertragsstaaten der jeweiligen Verträge aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, unterzeichnet am 1. Juli 1968 in Washington, London und Moskau, dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen, unterzeichnet am 10. April 1972 in Washington, London und Moskau, oder dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen, unterzeichnet am 13. Januar 1993 in Paris, ergeben.

Article 8

1. Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in Article 1 in the following cases:

- (a) when the offence is committed in the territory of that State;
- (b) when the offence is committed against or on board an aircraft registered in that State;
- (c) when the aircraft on board which the offence is committed lands in its territory with the alleged offender still on board;
- (d) when the offence is committed against or on board an aircraft leased without crew to a lessee whose principal place of business or, if the lessee has no such place of business, whose permanent residence is in that State;
- (e) when the offence is committed by a national of that State.

2. Each State Party may also establish its jurisdiction over any such offence in the following cases:

- (a) when the offence is committed against a national of that State;
- (b) when the offence is committed by a stateless person whose habitual residence is in the territory of that State.

3. Each State Party shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in Article 1, in the case where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite that person pursuant to Article 12 to any of the States Parties that have established their jurisdiction in accordance with the applicable paragraphs of this Article with regard to those offences.

4. This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law.

Article 9

1. Upon being satisfied that the circumstances so warrant, any State Party in the territory of which the offender or the alleged offender is present, shall take that person into custody or take other measures to ensure that person's presence. The custody and other measures shall be as provided in the law of that State but may only be continued for such time as is necessary to enable any criminal or extradition proceedings to be instituted.

2. Such State shall immediately make a preliminary enquiry into the facts.

3. Any person in custody pursuant to paragraph 1 of this Article shall be assisted

Article 8

1. Tout État partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées à l'article 1^{er} dans les cas suivants:

- (a) si l'infraction est commise sur le territoire de cet État;
- (b) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef immatriculé dans cet État;
- (c) si l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise atterrit sur son territoire avec l'auteur présumé de l'infraction encore à bord;
- (d) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef donné en location sans équipage à une personne qui a son principal établissement, ou à défaut sa résidence permanente, dans ledit État;
- (e) si l'infraction est commise par un ressortissant de cet État.

2. Tout État partie peut également établir sa compétence aux fins de connaître de ces infractions dans les cas suivants:

- (a) si l'infraction est commise contre un ressortissant de cet État;
- (b) si l'infraction est commise par un apatride qui a sa résidence habituelle sur le territoire de cet État.

3. Tout État partie prend également les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées à l'article 1^{er} dans les cas où l'auteur présumé de l'une d'elles se trouve sur son territoire et où ledit État ne l'extrade pas conformément à l'article 12 vers l'un des États parties qui ont établi leur compétence aux fins de connaître de ces infractions conformément aux paragraphes applicables du présent article.

4. La présente Convention n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément au droit interne.

Article 9

1. S'il estime que les circonstances le justifient, tout État partie sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'une des infractions place cette personne en détention ou prend toutes autres mesures nécessaires pour s'assurer de sa présence. Cette détention et ces mesures doivent être conformes au droit dudit État; elles ne peuvent être maintenues que pendant le délai nécessaire à l'engagement de poursuites pénales ou d'une procédure d'extradition.

2. Ledit État procède immédiatement à une enquête préliminaire en vue d'établir les faits.

3. Toute personne détenue en application du paragraphe 1 du présent article peut

Artikel 8

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 1 genannten Straftaten in den folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird;
- b) wenn die Straftat gegen ein in diesem Staat eingetragenes Luftfahrzeug oder an Bord eines solchen begangen wird;
- c) wenn das Luftfahrzeug, an Bord dessen die Straftat begangen wird, mit dem noch an Bord befindlichen Verdächtigen in seinem Hoheitsgebiet landet;
- d) wenn die Straftat gegen ein Luftfahrzeug begangen wird, das ohne Besatzung an eine Person vermietet wurde, die ihre Hauptbetriebsleitung oder, wenn eine solche nicht besteht, ihren ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder wenn die Straftat an Bord eines solchen Luftfahrzeugs begangen wird;
- e) wenn die Straftat von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird.

(2) Jeder Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche Straftat auch in den folgenden Fällen begründen:

- a) wenn die Straftat gegen einen Angehörigen dieses Staates begangen wird;
- b) wenn die Straftat von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Staates hat.

(3) Jeder Vertragsstaat trifft ferner die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 1 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und dass der betreffende Staat ihn nicht nach Artikel 12 an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den anwendbaren Absätzen dieses Artikels ihre Gerichtsbarkeit über diese Straftaten begründet haben.

(4) Dieses Übereinkommen schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Artikel 9

(1) Hält ein Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so nimmt er ihn in Haft oder trifft andere Maßnahmen, um seine Anwesenheit sicherzustellen. Die Haft und die anderen Maßnahmen müssen mit dem Recht dieses Staates übereinstimmen; sie dürfen nur so lange aufrechterhalten werden, wie es notwendig ist, um die Einleitung eines Strafverfahrens oder Auslieferungsverfahrens zu ermöglichen.

(2) Dieser Staat führt unverzüglich eine vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts durch.

(3) Einer aufgrund des Absatzes 1 in Haft befindlichen Person wird jede Erleichterung

in communicating immediately with the nearest appropriate representative of the State of which that person is a national.

4. When a State Party, pursuant to this Article, has taken a person into custody, it shall immediately notify the States Parties which have established jurisdiction under paragraph 1 of Article 8 and established jurisdiction and notified the Depositary under subparagraph (a) of paragraph 4 of Article 21 and, if it considers it advisable, any other interested States of the fact that such person is in custody and of the circumstances which warrant that person's detention. The State Party which makes the preliminary enquiry contemplated in paragraph 2 of this Article shall promptly report its findings to the said States Parties and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.

Article 10

The State Party in the territory of which the alleged offender is found shall, if it does not extradite that person, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case to its competent authorities for the purpose of prosecution. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any ordinary offence of a serious nature under the law of that State.

Article 11

Any person who is taken into custody, or regarding whom any other measures are taken or proceedings are being carried out pursuant to this Convention, shall be guaranteed fair treatment, including enjoyment of all rights and guarantees in conformity with the law of the State in the territory of which that person is present and applicable provisions of international law, including international human rights law.

Article 12

1. The offences set forth in Article 1 shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between States Parties. States Parties undertake to include the offences as extraditable offences in every extradition treaty to be concluded between them.

2. If a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, it may at its option consider this Convention as the legal basis for extradition in respect of the offences set forth in Article 1. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the

communiquer immédiatement avec le plus proche représentant qualifié de l'État dont elle a la nationalité; toutes facilités lui sont accordées à cette fin.

4. Lorsqu'un État partie a placé une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, les États parties qui ont établi leur compétence en vertu du paragraphe 1 de l'article 8 et établi leur compétence et informé le dépositaire en vertu de l'alinéa (a) du paragraphe 4 de l'article 21 et, s'il le juge opportun, tous autres États intéressés. L'État partie qui procède à l'enquête préliminaire visée au paragraphe 2 du présent article en communique rapidement les conclusions auxdits États parties et leur indique s'il entend exercer sa compétence.

Article 10

L'État partie sur le territoire duquel l'auteur présumé de l'une des infractions est découvert, s'il ne l'extrade pas, est tenu de soumettre l'affaire, sans aucune exception et que l'infraction ait ou non été commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute infraction de droit commun de caractère grave conformément au droit de cet État.

Article 11

Toute personne placée en détention ou contre laquelle toute autre mesure est prise ou une procédure est engagée en vertu de la présente Convention se voit garantir un traitement équitable et tous les droits et garanties conformes au droit de l'État sur le territoire duquel elle se trouve et aux dispositions applicables du droit international, y compris celles qui ont trait aux droits de l'homme.

Article 12

1. Les infractions visées à l'article 1^{er} sont de plein droit comprises comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre États parties. Les États parties s'engagent à comprendre ces infractions comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure entre eux.

2. Si un État partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisi d'une demande d'extradition par un autre État partie avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, il a la latitude de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions visées à l'article 1^{er}. L'extradition est subordonnée

gewährt, damit sie mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, unmittelbar in Verbindung treten kann.

(4) Hat ein Vertragsstaat eine Person aufgrund dieses Artikels in Haft genommen, so notifiziert er unverzüglich den Vertragsstaaten, die nach Artikel 8 Absatz 1 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben und nach Artikel 21 Absatz 4 Buchstabe a ihre Gerichtsbarkeit begründet und dies dem Verwahrer notifiziert haben, sowie, wenn es für angebracht hält, jedem anderen interessierten Staat die Tatsache, dass diese Person in Haft ist, und die Umstände, welche die Haft rechtfertigen. Der Vertragsstaat, der die vorläufige Untersuchung nach Absatz 2 durchführt, unterrichtet die genannten Vertragsstaaten unverzüglich über das Ergebnis der Untersuchung und teilt ihnen mit, ob er seine Gerichtsbarkeit auszuüben beabsichtigt.

Artikel 10

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Verdächtige aufgefunden wird, ist, wenn er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und unabhängig davon, ob die Straftat in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde, seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung zu unterbreiten. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer gemeinrechtlichen Straftat schwerer Art nach dem Recht dieses Staates.

Artikel 11

Wenn nach diesem Übereinkommen eine Person in Haft genommen wird oder gegen sie andere Maßnahmen getroffen werden oder ein Verfahren durchgeführt wird, so ist ihr eine gerechte Behandlung zu gewährleisten, die den Genuss aller Rechte und Garantien einschließt, die mit dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich befindet, sowie mit den anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen einschließlich derer über die Menschenrechte im Einklang stehen.

Artikel 12

(1) Die in Artikel 1 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene der Auslieferung unterliegende Straftaten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten in jeden zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es ihm frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf die in Artikel 1 genannten Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im

requested State.

3. States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences set forth in Article 1 as extraditable offences between themselves subject to the conditions provided by the law of the requested State.

4. Each of the offences shall be treated, for the purpose of extradition between States Parties, as if it had been committed not only in the place in which it occurred but also in the territories of the States Parties required to establish their jurisdiction in accordance with subparagraphs (b), (c), (d) and (e) of paragraph 1 of Article 8, and who have established jurisdiction in accordance with paragraph 2 of Article 8.

5. The offences set forth in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 5 of Article 1 shall, for the purpose of extradition between States Parties, be treated as equivalent.

Article 13

None of the offences set forth in Article 1 shall be regarded, for the purposes of extradition or mutual legal assistance, as a political offence or as an offence connected with a political offence or as an offence inspired by political motives. Accordingly, a request for extradition or for mutual legal assistance based on such an offence may not be refused on the sole ground that it concerns a political offence or an offence connected with a political offence or an offence inspired by political motives.

Article 14

Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite or to afford mutual legal assistance if the requested State Party has substantial grounds for believing that the request for extradition for offences set forth in Article 1 or for mutual legal assistance with respect to such offences has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person's race, religion, nationality, ethnic origin, political opinion or gender, or that compliance with the request would cause prejudice to that person's position for any of these reasons.

Article 15

The States Parties which establish joint air transport operating organizations or international operating agencies, which operate aircraft which are subject to joint or international registration shall, by appropriate means, designate for each aircraft the State among them which shall exercise the jurisdiction and have the attributes of the State of registry for the purpose of this Convention and shall give notice thereof to the Sec-

aux autres conditions prévues par le droit de l'État requis.

3. Les États parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions visées à l'article 1^{er} comme cas d'extradition entre eux dans les conditions prévues par le droit de l'État requis.

4. Chacune des infractions est considérée aux fins d'extradition entre États parties comme ayant été commise tant au lieu de sa perpétration que sur le territoire des États parties tenus d'établir leur compétence en vertu des alinéas (b), (c), (d) et (e) du paragraphe 1 de l'article 8 et qui ont établi leur compétence en vertu du paragraphe 2 de l'article 8.

5. Les infractions visées aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 5 de l'article 1^{er} sont, aux fins d'extradition entre des États parties, traitées comme équivalentes.

Article 13

Aucune des infractions visées à l'article 1^{er} ne sera considérée, aux fins d'extradition ou d'entraide judiciaire, comme une infraction politique, comme une infraction liée à une infraction politique ou comme une infraction inspirée par des motifs politiques. En conséquence, une demande d'extradition ou d'entraide judiciaire fondée sur une telle infraction ne peut être refusée au seul motif qu'elle concerne une infraction politique, une infraction liée à une infraction politique ou une infraction inspirée par des motifs politiques.

Article 14

Aucune disposition de la présente Convention ne sera interprétée comme impliquant une obligation d'extradition ou d'entraide judiciaire si l'État partie requis a des raisons sérieuses de croire que la demande d'extradition concernant les infractions visées à l'article 1^{er} ou la demande d'entraide judiciaire concernant de telles infractions a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne pour des raisons de race, de religion, de nationalité, d'origine ethnique, d'opinions politiques ou de sexe, ou que donner suite à cette demande porterait un préjudice à la situation de cette personne pour l'une quelconque de ces raisons.

Article 15

Les États parties qui constituent, pour le transport aérien, des organisations d'exploitation en commun ou des organismes internationaux d'exploitation qui exploitent des aéronefs faisant l'objet d'une immatriculation commune ou internationale désignent pour chaque aéronef, suivant les modalités appropriées, l'État qui exercera la compétence et aura les attributions de l'État d'immatriculation aux fins de la présente

Übrigen den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in Artikel 1 genannten Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Jede der Straftaten wird für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als sei sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet hat, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten begangen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstaben b, c, d und e zu begründen, und die ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 8 Absatz 2 begründet haben.

(5) Die in Artikel 1 Absatz 5 Buchstaben a und b genannten Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten gleichgestellt.

Artikel 13

Für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe wird keine der in Artikel 1 genannten Straftaten als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen. Folglich darf ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, das auf einer solchen Straftat beruht, nicht allein mit der Begründung verweigert werden, dass es sich um eine politische Straftat, um eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder um eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat handele.

Artikel 14

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernstliche Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen wegen in Artikel 1 genannter Straftaten oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer politischen Anschauungen oder ihres Geschlechts zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde.

Artikel 15

Vertragsstaaten, die Betriebsgemeinschaften für den Luftverkehr oder internationale Betriebsstellen bilden, welche einer gemeinsamen oder internationalen Eintragung unterliegende Luftfahrzeuge einsetzen, bezeichnen in geeigneter Weise für jedes Luftfahrzeug den Staat unter ihnen, der die Gerichtsbarkeit ausüben und die Eigenschaften des Eintragungsstaats im Sinne dieses Übereinkommens haben soll;

retary General of the International Civil Aviation Organization who shall communicate the notice to all States Parties to this Convention.

Article 16

1. States Parties shall, in accordance with international and national law, endeavour to take all practicable measures for the purpose of preventing the offences set forth in Article 1.

2. When, due to the commission of one of the offences set forth in Article 1, a flight has been delayed or interrupted, any State Party in whose territory the aircraft or passengers or crew are present shall facilitate the continuation of the journey of the passengers and crew as soon as practicable, and shall without delay return the aircraft and its cargo to the persons lawfully entitled to possession.

Article 17

1. States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offences set forth in Article 1. The law of the State requested shall apply in all cases.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not affect obligations under any other treaty, bilateral or multilateral, which governs or will govern, in whole or in part, mutual assistance in criminal matters.

Article 18

Any State Party having reason to believe that one of the offences set forth in Article 1 will be committed shall, in accordance with its national law, furnish any relevant information in its possession to those States Parties which it believes would be the States set forth in paragraphs 1 and 2 of Article 8.

Article 19

Each State Party shall in accordance with its national law report to the Council of the International Civil Aviation Organization as promptly as possible any relevant information in its possession concerning:

- (a) the circumstances of the offence;
- (b) the action taken pursuant to paragraph 2 of Article 16;
- (c) the measures taken in relation to the offender or the alleged offender and, in particular, the results of any extradition proceedings or other legal proceedings.

Convention; ils aviseront de cette désignation le Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale, qui en informera tous les États parties à la présente Convention.

Article 16

1. Les États parties s'efforcent conformément au droit international et à leur droit interne, de prendre les mesures raisonnables en vue de prévenir les infractions visées à l'article 1^{er}.

2. Lorsque le vol d'un aéronef a été retardé ou interrompu du fait de la perpétration de l'une des infractions visées à l'article 1^{er}, tout État partie sur le territoire duquel se trouvent l'aéronef, les passagers ou l'équipage facilite la poursuite du voyage des passagers et de l'équipage aussitôt que possible et restitue sans retard l'aéronef et sa cargaison à ceux qui ont le droit de les détenir.

Article 17

1. Les États parties s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible dans toute procédure pénale relative aux infractions visées à l'article 1^{er}. Dans tous les cas, le droit applicable est celui de l'État requis.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne portent pas atteinte aux obligations découlant des dispositions de tout autre traité de caractère bilatéral ou multilatéral qui régit ou régira, en tout ou en partie, le domaine de l'entraide judiciaire en matière pénale.

Article 18

Tout État partie qui a lieu de croire que l'une des infractions visées à l'article 1^{er} sera commise fournit, en conformité avec les dispositions de son droit interne, tous renseignements utiles en sa possession aux États parties qui à son avis seraient les États visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 8.

Article 19

Tout État partie communique aussi rapidement que possible au Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale, en conformité avec les dispositions de son droit interne, tous renseignements utiles en sa possession relatifs:

- (a) aux circonstances de l'infraction;
- (b) aux mesures prises en application du paragraphe 2 de l'article 16;
- (c) aux mesures prises à l'égard de l'auteur ou de l'auteur présumé de l'infraction et notamment au résultat de toute procédure d'extradition ou de toute autre procédure judiciaire.

sie zeigen dies dem Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation an, der allen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens davon Kenntnis gibt.

Artikel 16

(1) Die Vertragsstaaten bemühen sich in Übereinstimmung mit dem internationalen und dem innerstaatlichen Recht, alle durchführbaren Maßnahmen zur Verhinderung der in Artikel 1 genannten Straftaten zu treffen.

(2) Ist wegen der Begehung einer der in Artikel 1 genannten Straftaten ein Flug verzögert oder unterbrochen worden, so erleichtert jeder Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Luftfahrzeug, die Fluggäste oder die Besatzung befinden, den Fluggästen und der Besatzung die möglichst baldige Fortsetzung der Reise und gibt das Luftfahrzeug und seine Ladung unverzüglich den zum Besitz berechtigten Personen zurück.

Artikel 17

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Strafverfahren, die in Bezug auf die in Artikel 1 genannten Straftaten eingeleitet werden. In allen Fällen ist das Recht des ersuchten Staates anzuwenden.

(2) Absatz 1 lässt Verpflichtungen aufgrund eines anderen zwei- oder mehrseitigen Vertrags unberührt, der ganz oder teilweise die Rechtshilfe in Strafsachen regelt oder regeln wird.

Artikel 18

Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, dass eine der in Artikel 1 genannten Straftaten begangen werden wird, übermittelt in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben den Vertragsstaaten, die nach seiner Auffassung zu den in Artikel 8 Absätze 1 und 2 genannten Staaten gehören.

Artikel 19

Jeder Vertragsstaat übermittelt dem Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht so schnell wie möglich alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben über

- a) die Umstände der Straftat,
- b) die nach Artikel 16 Absatz 2 getroffenen Maßnahmen,
- c) die in Bezug auf den Täter oder den Verdächtigen getroffenen Maßnahmen und insbesondere das Ergebnis eines Auslieferungsverfahrens oder eines anderen Verfahrens.

Article 20

1. Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation, shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the Parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those Parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

2. Each State may at the time of signature, ratification, acceptance or approval of this Convention or accession thereto, declare that it does not consider itself bound by the preceding paragraph. The other States Parties shall not be bound by the preceding paragraph with respect to any State Party having made such a reservation.

3. Any State Party having made a reservation in accordance with the preceding paragraph may at any time withdraw this reservation by notification to the Depositary.

Article 21

1. This Convention shall be open for signature in Beijing on 10 September 2010 by States participating in the Diplomatic Conference on Aviation Security held at Beijing from 30 August to 10 September 2010. After 27 September 2010, this Convention shall be open to all States for signature at the Headquarters of the International Civil Aviation Organization in Montréal until it enters into force in accordance with Article 22.

2. This Convention is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the International Civil Aviation Organization, who is hereby designated as the Depositary.

3. Any State which does not ratify, accept or approve this Convention in accordance with paragraph 2 of this Article may accede to it at any time. The instrument of accession shall be deposited with the Depositary.

4. Upon ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention, each State Party:

- (a) shall notify the Depositary of the jurisdiction it has established under its national law in accordance with paragraph 2 of Article 8, and immediately notify the Depositary of any change; and
- (b) may declare that it shall apply the provisions of subparagraph (d) of paragraph 4 of Article 1 in accordance with

Article 20

1. Tout différend entre des États parties concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui ne peut pas être réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un d'entre eux. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les Parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une demande conformément au Statut de la Cour.

2. Chaque État pourra, au moment de signer, de ratifier, d'accepter ou d'approuver la présente Convention ou d'y adhérer, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions du paragraphe précédent. Les autres États parties ne seront pas liés par lesdites dispositions envers tout État partie qui aura formulé une telle réserve.

3. Tout État partie qui aura formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe précédent pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au dépositaire.

Article 21

1. La présente Convention est ouverte à Beijing le 10 septembre 2010 à la signature des États participant à la Conférence diplomatique sur la sûreté de l'aviation tenue à Beijing du 30 août au 10 septembre 2010. Après le 27 septembre 2010, la Convention sera ouverte à la signature de tous les États au siège de l'Organisation de l'aviation civile internationale à Montréal jusqu'à ce qu'elle entre en vigueur conformément à l'article 22.

2. La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale, qui est désignée par les présentes comme dépositaire.

3. Tout État qui ne ratifie, n'accepte ou n'approuve pas la présente Convention conformément au paragraphe 2 du présent article peut y adhérer à tout moment. L'instrument d'adhésion sera déposé auprès du dépositaire.

4. Au moment de ratifier, d'accepter ou d'approuver la présente Convention, ou d'y adhérer, tout État partie:

- (a) informera le dépositaire de la compétence qu'il a établie en vertu de son droit interne conformément au paragraphe 2 de l'article 8 et informera immédiatement le dépositaire de tout changement;
- (b) pourra déclarer qu'il appliquera les dispositions de l'alinéa (d) du paragraphe 4 de l'article 1^{er} conformément aux prin-

Artikel 20

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren unterworfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erklären, dass er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt angebracht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

(3) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 angebracht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Artikel 21

(1) Dieses Übereinkommen liegt am 10. September 2010 in Peking für die Teilnehmerstaaten der vom 30. August bis 10. September 2010 in Peking abgehaltenen Diplomatischen Konferenz über die Sicherheit der Luftfahrt zur Unterzeichnung auf. Nach dem 27. September 2010 liegt das Übereinkommen für alle Staaten am Sitz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Montreal zur Unterzeichnung auf, bis es nach Artikel 22 in Kraft tritt.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt, die hiermit zum Verwahrer bestimmt wird.

(3) Jeder Staat, der dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 2 ratifiziert, annimmt oder genehmigt, kann ihm jederzeit beitreten. Die Beitrittsurkunde wird beim Verwahrer hinterlegt.

(4) Bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem

- a) notifiziert jeder Vertragsstaat dem Verwahrer, für welche Fälle er in Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 2 seine Gerichtsbarkeit nach innerstaatlichem Recht begründet hat, und notifiziert dem Verwahrer umgehend etwaige Veränderungen und
- b) kann jeder Vertragsstaat erklären, dass er Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe d im Einklang mit den Grundsätzen seines

the principles of its criminal law concerning family exemptions from liability.

cipes de son droit pénal concernant les exemptions de responsabilité pour raisons familiales.

Strafrechts in Bezug auf die Straffreiheit von Familienangehörigen anwendet.

Article 22

1. This Convention shall enter into force on the first day of the second month following the date of the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention after the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession, this Convention shall enter into force on the first day of the second month following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. As soon as this Convention enters into force, it shall be registered with the United Nations by the Depositary.

Article 22

1. La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date du dépôt du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Pour tout État qui ratifie, accepte ou approuve la présente Convention, ou qui y adhère, après le dépôt du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Dès que la présente Convention entrera en vigueur, elle sera enregistrée auprès des Nations Unies par le dépositaire.

Artikel 22

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Der Verwahrer lässt dieses Übereinkommen sogleich nach seinem Inkrafttreten bei den Vereinten Nationen registrieren.

Article 23

1. Any State Party may denounce this Convention by written notification to the Depositary.

2. Denunciation shall take effect one year following the date on which notification is received by the Depositary.

Article 23

1. Tout État partie peut dénoncer la présente Convention par notification écrite adressée au dépositaire.

2. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle le dépositaire aura reçu la notification.

Artikel 23

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

Article 24

As between the States Parties, this Convention shall prevail over the following instruments:

(a) the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Civil Aviation, Signed at Montreal on 23 September 1971; and

(b) the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, Supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Civil Aviation, Done at Montreal on 23 September 1971, Signed at Montreal on 24 February 1988.

Article 24

Entre les États parties, la présente Convention l'emporte sur les instruments suivants:

(a) la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, signée à Montréal le 23 septembre 1971;

(b) le Protocole pour la répression des actes illicites de violence dans les aéroports servant à l'aviation civile internationale, complémentaire à la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile faite à Montréal le 23 septembre 1971, signé à Montréal le 24 février 1988.

Artikel 24

Im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten geht dieses Übereinkommen den folgenden Übereinkünften vor:

a) dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und

b) dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt.

Article 25

The Depositary shall promptly inform all States Parties to this Convention and all signatory or acceding States to this Convention of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification, approval, acceptance or accession, the date of coming into force of this Convention, and other relevant information.

Article 25

Le dépositaire informera rapidement tous les États parties à la présente Convention et tous les États signataires ou qui adhéreront à la présente Convention de la date de chaque signature, de la date du dépôt de chaque instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention et d'autres renseignements pertinents.

Artikel 25

Der Verwahrer unterrichtet unverzüglich alle Vertragsstaaten dieses Übereinkommens und alle Staaten, die es unterzeichnen oder ihm beitreten, über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde und des Inkrafttretens des Übereinkommens sowie über sonstige sachdienliche Informationen.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries, having been duly authorized, have signed this Convention.

Done at Beijing on the tenth day of September of the year Two Thousand and Ten in the English, Arabic, Chinese, French, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic, such authenticity to take effect upon verification by the Secretariat of the Conference under the authority of the President of the Conference within ninety days hereof as to the conformity of the texts with one another. This Convention shall remain deposited in the archives of the International Civil Aviation Organization, and certified copies thereof shall be transmitted by the Depositary to all Contracting States to this Convention.

En foi des quoi les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

Fait à Beijing le 10 septembre 2010 en langues française, anglaise, arabe, chinoise, espagnole et russe, tous les textes faisant également foi après la vérification effectuée par le Secrétariat de la Conférence, sous l'autorité du Président de la Conférence, dans les quatre-vingt-dix jours suivant cette date, pour ce qui est de la concordance des textes entre eux. La présente Convention sera déposée aux archives de l'Organisation de l'aviation civile internationale, et le dépositaire en transmettra des copies certifiées conformes à tous les États contractants à la présente Convention.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Peking am 10. September 2010 in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; diese Verbindlichkeit tritt ein, sobald das Sekretariat der Konferenz im Auftrag des Präsidenten der Konferenz binnen neunzig Tagen ab diesem Zeitpunkt bestätigt hat, dass die Wortlaute übereinstimmen. Dieses Übereinkommen wird im Archiv der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt; beglaubigte Abschriften werden allen Vertragsstaaten des Übereinkommens vom Verwahrer übermittelt.

Zusatzprotokoll
zum Übereinkommen zur
Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen

Protocol Supplementary
to the Convention for
the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft

Protocole additionnel
à la convention pour
la répression de la capture illicite d'aéronefs

(Übersetzung)

The States Parties to this Protocol,
deeply concerned about the worldwide escalation of unlawful acts against civil aviation;

recognizing that new types of threats against civil aviation require new concerted efforts and policies of cooperation on the part of States; and

believing that in order to better address these threats, it is necessary to adopt provisions supplementary to those of the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft signed at The Hague on 16 December 1970, to suppress unlawful acts of seizure or exercise of control of aircraft and to improve its effectiveness;

have agreed as follows:

Article I

This Protocol supplements the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, signed at The Hague on 16 December 1970 (hereinafter referred to as "the Convention").

Article II

Article 1 of the Convention shall be replaced by the following:

"Article 1

1. Any person commits an offence if that person unlawfully and intentionally seizes or exercises control of an aircraft in service by force or threat thereof, or by coercion, or by any other form of intimidation, or by any technological means.

Les États parties au présent Protocole,
profondément préoccupés par l'escalade mondiale des actes illicites contre l'aviation civile,

reconnaissant que les nouveaux types de menace contre l'aviation civile exigent de nouveaux efforts concertés et de nouvelles politiques de coopération de la part des États, et

estimant que, pour mieux faire face à ces menaces, il est nécessaire d'adopter des dispositions complémentaires à celles de la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, signée à La Haye le 16 décembre 1970, en vue de réprimer les actes illicites de capture ou d'exercice du contrôle d'aéronefs et d'améliorer l'efficacité de la Convention,

sont convenues des dispositions suivantes:

Article I^{er}

Le présent Protocole complète la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, signée à La Haye le 16 décembre 1970 (ci-après appelée «la Convention»).

Article II

L'article 1^{er} de la Convention est remplacé par le suivant:

«Article 1^{er}

1. Commet une infraction pénale toute personne qui, illicitement et intentionnellement, s'empare d'un aéronef en service ou en exerce le contrôle par violence ou menace de violence, ou par contrainte, ou par toute autre forme d'intimidation, ou par tout moyen technologique.

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

tief besorgt über die weltweite Eskalation widerrechtlicher Handlungen gegen die Zivilluftfahrt,

in der Erkenntnis, dass neuartige Bedrohungen der Zivilluftfahrt neue abgestimmte Anstrengungen und eine neue Politik der Zusammenarbeit seitens der Staaten erforderlich machen,

in der Überzeugung, dass es, um diesen Bedrohungen besser zu begegnen, nötig ist, das am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichnete Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen um zusätzliche Bestimmungen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen der Inbesitznahme von Luftfahrzeugen oder der Ausübung der Herrschaft über sie und zur Erhöhung der Wirksamkeit des Übereinkommens zu ergänzen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Dieses Protokoll ergänzt das am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichnete Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet).

Artikel II

Artikel 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 1

(1) Eine strafbare Handlung begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt, durch Nötigung oder durch eine andere Form der Einschüchterung oder durch technische Mittel ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug in Besitz nimmt oder die Herrschaft darüber ausübt.

2. Any person also commits an offence if that person:

- (a) makes a threat to commit the offence set forth in paragraph 1 of this Article; or
- (b) unlawfully and intentionally causes any person to receive such a threat,

under circumstances which indicate that the threat is credible.

3. Any person also commits an offence if that person:

- (a) attempts to commit the offence set forth in paragraph 1 of this Article; or
- (b) organizes or directs others to commit an offence set forth in paragraph 1, 2 or 3 (a) of this Article; or
- (c) participates as an accomplice in an offence set forth in paragraph 1, 2 or 3 (a) of this Article; or
- (d) unlawfully and intentionally assists another person to evade investigation, prosecution or punishment, knowing that the person has committed an act that constitutes an offence set forth in paragraph 1, 2, 3 (a), 3 (b) or 3 (c) of this Article, or that the person is wanted for criminal prosecution by law enforcement authorities for such an offence or has been sentenced for such an offence.

4. Each State Party shall also establish as offences, when committed intentionally, whether or not any of the offences set forth in paragraph 1 or 2 of this Article is actually committed or attempted, either or both of the following:

- (a) agreeing with one or more other persons to commit an offence set forth in paragraph 1 or 2 of this Article and, where required by national law, involving an act undertaken by one of the participants in furtherance of the agreement; or
- (b) contributing in any other way to the commission of one or more offences set forth in paragraph 1 or 2 of this Article by a group of persons acting with a common purpose, and such contribution shall either:
 - (i) be made with the aim of furthering the general criminal activity or purpose of the group, where such activity or purpose involves the commission of an offence set forth in paragraph 1 or 2 of this Article; or
 - (ii) be made in the knowledge of the intention of the group to commit an

2. Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- (a) menace de commettre une des infractions visées au paragraphe 1 du présent article; ou
- (b) fait en sorte, illicitement et intentionnellement, qu'une personne reçoive une telle menace,

dans des circonstances qui indiquent la crédibilité de la menace.

3. Commet également une infraction pénale toute personne qui:

- (a) tente de commettre une infraction visée au paragraphe 1 du présent article; ou
- (b) organise ou fait commettre par d'autres personnes une infraction visée aux paragraphes 1, 2 ou 3, alinéa (a), du présent article; ou
- (c) participe comme complice à une infraction visée aux paragraphes 1, 2 ou 3, alinéa (a), du présent article; ou
- (d) illicitement et intentionnellement, aide une personne à se soustraire à une enquête, à des poursuites ou à une peine, en sachant que cette personne a commis un acte qui constitue une infraction visée aux paragraphes 1, 2, 3 alinéa (a), 3 alinéa (b) ou 3 alinéa (c) du présent article, ou qu'elle est recherchée en vue de poursuites pénales pour une telle infraction par les autorités chargées de l'application de la loi, ou qu'elle a été condamnée pour une telle infraction.

4. Chaque État partie confère aussi le caractère d'infraction pénale à l'un ou l'autre des actes suivants ou aux deux, lorsqu'ils sont commis intentionnellement, que les infractions visées aux paragraphes 1 ou 2 du présent article soient ou non effectivement commises ou tentées:

- (a) s'entendre avec une ou plusieurs autres personnes en vue de commettre une infraction visée aux paragraphes 1 ou 2 du présent article et qui, lorsque le droit interne l'exige, implique un acte commis par un des participants en vertu de cette entente; ou
- (b) contribuer de toute autre manière à la perpétration d'une ou plusieurs des infractions visées aux paragraphes 1 ou 2 du présent article par un groupe de personnes agissant de concert et:
 - (i) soit pour faciliter l'activité criminelle générale du groupe ou servir le but de celui-ci, lorsque cette activité suppose la perpétration d'une infraction visée aux paragraphes 1 ou 2 du présent article;
 - (ii) soit en sachant que le groupe a l'intention de commettre une infraction

(2) Eine strafbare Handlung begeht auch, wer

- a) damit droht, die in Absatz 1 genannte strafbare Handlung zu begehen, oder
- b) widerrechtlich und vorsätzlich bewirkt, dass eine Person eine solche Drohung erhält,

wenn dies unter Umständen geschieht, welche die Drohung glaubwürdig machen.

(3) Eine strafbare Handlung begeht ferner, wer

- a) versucht, die in Absatz 1 genannte strafbare Handlung zu begehen, oder
- b) eine in Absatz 1 oder 2 oder unter Buchstabe a genannte strafbare Handlung organisiert oder andere Personen anweist, eine solche strafbare Handlung zu begehen, oder
- c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Absatz 1 oder 2 oder unter Buchstabe a genannten strafbaren Handlung teilnimmt oder
- d) widerrechtlich und vorsätzlich einer anderen Person dabei hilft, sich Ermittlungen, einer Strafverfolgung oder einer Bestrafung zu entziehen, und dabei weiß, dass diese Person eine Handlung begangen hat, die eine strafbare Handlung nach Absatz 1 oder 2 oder nach Buchstabe a, b oder c darstellt, oder dass diese Person wegen einer solchen strafbaren Handlung von den Strafverfolgungsbehörden zum Zweck der Strafverfolgung gesucht wird oder wegen einer solchen strafbaren Handlung verurteilt wurde.

(4) Ferner umschreibt jeder Vertragsstaat eine der folgenden Handlungen oder beide, wenn vorsätzlich begangen und unabhängig davon, ob die Begehung oder der Versuch einer der in Absatz 1 oder 2 genannten strafbaren Handlungen tatsächlich erfolgt, als strafbare Handlungen:

- a) die Verabredung mit einer oder mehreren Personen, eine in Absatz 1 oder 2 genannte strafbare Handlung zu begehen, verbunden, wenn das nationale Recht dies verlangt, mit einer von einem Beteiligten zur Förderung dieser Verabredung vorgenommenen Handlung, oder
- b) jeden anderweitigen Beitrag zur Begehung einer oder mehrerer der in Absatz 1 oder 2 genannten strafbaren Handlungen durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen; dieser Beitrag muss geleistet werden
 - i) entweder zu dem Zweck, die allgemeine kriminelle Tätigkeit oder das allgemeine kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn diese Tätigkeit oder dieses Ziel die Begehung einer in Absatz 1 oder 2 genannten strafbaren Handlung einschließt, oder
 - ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Absatz 1 oder 2 genannte

offence set forth in paragraph 1 or 2 of this Article.”

Article III

Article 2 of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 2

Each State Party undertakes to make the offences set forth in Article 1 punishable by severe penalties.”

Article IV

The following shall be added as Article 2^{bis} of the Convention:

“Article 2^{bis}

1. Each State Party, in accordance with its national legal principles, may take the necessary measures to enable a legal entity located in its territory or organized under its laws to be held liable when a person responsible for management or control of that legal entity has, in that capacity, committed an offence set forth in Article 1. Such liability may be criminal, civil or administrative.

2. Such liability is incurred without prejudice to the criminal liability of individuals having committed the offences.

3. If a State Party takes the necessary measures to make a legal entity liable in accordance with paragraph 1 of this Article, it shall endeavour to ensure that the applicable criminal, civil or administrative sanctions are effective, proportionate and dissuasive. Such sanctions may include monetary sanctions.”

Article V

1. Article 3, paragraph 1, of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 3

1. For the purposes of this Convention, an aircraft is considered to be in service from the beginning of the pre-flight preparation of the aircraft by ground personnel or by the crew for a specific flight until twenty-four hours after any landing. In the case of a forced landing, the flight shall be deemed to continue until the competent authorities take over the responsibility for the aircraft and for persons and property on board.”

2. In Article 3, paragraph 3, of the Convention, “registration” shall be replaced by “registry”.

visée aux paragraphes 1 ou 2 du présent article.»

Article III

L'article 2 de la Convention est remplacé par le suivant:

«Article 2

Tout État partie s'engage à réprimer de peines sévères les infractions visées à l'article 1^{er}.»

Article IV

L'article 2^{bis} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 2^{bis}

1. Chaque État partie, conformément aux principes de son droit interne, peut prendre les mesures nécessaires pour que la responsabilité d'une personne morale située sur son territoire ou constituée sous l'empire de sa législation soit engagée lorsqu'une personne responsable de la direction ou du contrôle de cette personne morale a, en cette qualité, commis une infraction visée à l'article 1^{er}. Cette responsabilité peut être pénale, civile ou administrative.

2. Ladite responsabilité est engagée sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques qui ont commis les infractions.

3. Si un État partie prend les mesures nécessaires pour que soit engagée la responsabilité d'une personne morale en vertu du paragraphe 1 du présent article, il s'efforce de veiller à ce que les sanctions pénales, civiles ou administratives applicables soient efficaces, proportionnées et dissuasives. Ces sanctions peuvent être notamment d'ordre pécuniaire.»

Article V

1. À l'article 3 de la Convention, le paragraphe 1 est remplacé par le suivant:

«Article 3

1. Aux fins de la présente Convention, un aéronef est considéré comme étant en service depuis le moment où le personnel au sol ou l'équipage commence à le préparer en vue d'un vol déterminé jusqu'à l'expiration d'un délai de vingt-quatre heures suivant tout atterrissage; en cas d'atterrissage forcé, le vol est censé se poursuivre jusqu'à ce que les autorités compétentes prennent en charge l'aéronef ainsi que les personnes et les biens à bord.»

2. Article 3, paragraphe 3: modification du texte anglais sans objet en français.

strafbare Handlung zu begehen.“

Artikel III

Artikel 2 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 2

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen mit schweren Strafen zu bedrohen.“

Artikel IV

Folgender Wortlaut wird als Artikel 2^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 2^{bis}

(1) Jeder Vertragsstaat kann in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine juristische Person, die ihren Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat oder nach seinem Recht gegründet wurde, zur Verantwortung ziehen zu können, wenn eine für die Leitung oder Kontrolle dieser juristischen Person zuständige Person in dieser Eigenschaft eine in Artikel 1 genannte strafbare Handlung begangen hat. Diese Verantwortung kann strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art sein.

(2) Diese Verantwortung besteht unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung von Einzelpersonen, welche die strafbaren Handlungen begangen haben.

(3) Trifft ein Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen, um eine juristische Person nach Absatz 1 zur Verantwortung ziehen zu können, so bemüht er sich sicherzustellen, dass die anwendbaren strafrechtlichen, zivilrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Sanktionen wirksam, angemessen und abschreckend sind. Diese können auch Geld- und Vermögenstrafen umfassen.“

Artikel V

(1) Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens gilt ein Luftfahrzeug als im Einsatz befindlich vom Beginn der Flugvorbereitung des Luftfahrzeugs durch das Bodenpersonal oder die Besatzung für einen bestimmten Flug bis zum Ablauf von vierundzwanzig Stunden nach jeder Landung. Im Fall einer Notlandung gilt der Flug als fortdauernd, bis die zuständigen Behörden die Verantwortung für das Luftfahrzeug und für die Personen und Sachen an Bord übernehmen.“

(2) Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens: Änderung ohne Auswirkung auf die deutsche Übersetzung.

3. In Article 3, paragraph 4, of the Convention, "mentioned" shall be replaced by "set forth".

4. Article 3, paragraph 5, of the Convention shall be replaced by the following:

"5. Notwithstanding paragraphs 3 and 4 of this Article, Articles 6, 7, 7^{bis}, 8, 8^{bis}, 8^{ter} and 10 shall apply whatever the place of take-off or the place of actual landing of the aircraft, if the offender or the alleged offender is found in the territory of a State other than the State of registry of that aircraft."

Article VI

The following shall be added as Article 3^{bis} of the Convention:

"Article 3^{bis}

1. Nothing in this Convention shall affect other rights, obligations and responsibilities of States and individuals under international law, in particular the purposes and principles of the Charter of the United Nations, the Convention on International Civil Aviation and international humanitarian law.

2. The activities of armed forces during an armed conflict, as those terms are understood under international humanitarian law, which are governed by that law are not governed by this Convention, and the activities undertaken by military forces of a State in the exercise of their official duties, inasmuch as they are governed by other rules of international law, are not governed by this Convention.

3. The provisions of paragraph 2 of this Article shall not be interpreted as condoning or making lawful otherwise unlawful acts, or precluding prosecution under other laws."

Article VII

Article 4 of the Convention shall be replaced by the following:

"Article 4

1. Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in Article 1 and any other act of violence against passengers or crew committed by the alleged offender in connection with the offences, in the following cases:

- (a) when the offence is committed in the territory of that State;
- (b) when the offence is committed against or on board an aircraft registered in that

3. Article 3, paragraphe 4: modification du texte anglais sans objet en français.

4. À l'article 3 de la Convention, le paragraphe 5 est remplacé par le suivant:

«5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 3 et 4 du présent article, les articles 6, 7, 7^{bis}, 8, 8^{bis}, 8^{ter} et 10 s'appliquent quels que soient le lieu du décollage ou le lieu d'atterrissage effectif de l'aéronef si l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction est découvert sur le territoire d'un État autre que l'État d'immatriculation dudit aéronef.»

Article VI

L'article 3^{bis} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 3^{bis}

1. Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux autres droits, obligations et responsabilités qui découlent, pour les États et les individus, du droit international, et en particulier des buts et principes de la Charte des Nations Unies, de la Convention relative à l'aviation civile internationale et du droit international humanitaire.

2. Les activités des forces armées en période de conflit armé, au sens donné à ces termes en droit international humanitaire, qui sont régies par ce droit, ne sont pas régies par la présente Convention, et les activités accomplies par les forces armées d'un État dans l'exercice de leurs fonctions officielles, dans la mesure où elles sont régies par d'autres règles de droit international, ne sont pas régies non plus par la présente Convention.

3. Les dispositions du paragraphe 2 du présent article ne peuvent être interprétées comme excusant ou rendant licites des actes par ailleurs illicites, ni comme excluant l'exercice de poursuites sous l'empire d'autres lois.»

Article VII

L'article 4 de la Convention est remplacé par le suivant:

«Article 4

1. Tout État partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées à l'article 1^{er}, ainsi que de tout autre acte de violence dirigé contre les passagers ou l'équipage et commis par l'auteur présumé des infractions en relation directe avec celles-ci, dans les cas suivants:

- (a) si l'infraction est commise sur le territoire de cet État;
- (b) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef immatriculé

(3) Artikel 3 Absatz 4 des Übereinkommens: Änderung ohne Auswirkung auf die deutsche Übersetzung.

(4) Artikel 3 Absatz 5 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 dieses Artikels finden die Artikel 6, 7, 7^{bis}, 8, 8^{bis}, 8^{ter} und 10 unabhängig vom Abflugort oder vom tatsächlichen Landeort des Luftfahrzeugs Anwendung, wenn der Täter oder der Verdächtige im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als des Eintragungsstaats dieses Luftfahrzeugs aufgefunden wird.“

Artikel VI

Folgender Wortlaut wird als Artikel 3^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 3^{bis}

(1) Dieses Übereinkommen berührt nicht die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für Staaten und Einzelpersonen aus dem Völkerrecht, insbesondere den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, dem Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt und dem humanitären Völkerrecht ergeben.

(2) Die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts, die von jenem Recht erfasst werden, sind von diesem Übereinkommen nicht erfasst; die Tätigkeiten, die Streitkräfte eines Staates in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten ausüben, sind von diesem Übereinkommen ebenfalls nicht erfasst, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind.

(3) Absatz 2 ist nicht so auszulegen, als würden dadurch ansonsten widerrechtliche Handlungen entschuldigt oder rechtmäßig oder als verhinderend er die Strafverfolgung nach anderen Gesetzen.“

Artikel VII

Artikel 4 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen sowie über jede sonstige gewalttätige Handlung gegen Fluggäste oder Besatzungsmitglieder, die der Verdächtige im Zusammenhang mit den strafbaren Handlungen begangen hat, in den folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn die strafbare Handlung im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird;
- b) wenn die strafbare Handlung gegen ein in diesem Staat eingetragenes Luftfahr-

State;	dans cet État;	zeug oder an Bord eines solchen begangen wird;
(c) when the aircraft on board which the offence is committed lands in its territory with the alleged offender still on board;	(c) si l'aéronef à bord duquel l'infraction est commise atterrit sur son territoire avec l'auteur présumé de l'infraction encore à bord;	c) wenn das Luftfahrzeug, an Bord dessen die strafbare Handlung begangen wird, mit dem noch an Bord befindlichen Verdächtigen in seinem Hoheitsgebiet landet;
(d) when the offence is committed against or on board an aircraft leased without crew to a lessee whose principal place of business or, if the lessee has no such place of business, whose permanent residence is in that State;	(d) si l'infraction est commise à l'encontre ou à bord d'un aéronef donné en location sans équipage à une personne qui a son principal établissement, ou à défaut sa résidence permanente, dans ledit État;	d) wenn die strafbare Handlung gegen ein Luftfahrzeug begangen wird, das ohne Besatzung an eine Person vermietet wurde, die ihre Hauptbetriebsleitung oder, wenn eine solche nicht besteht, ihren ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat, oder wenn die strafbare Handlung an Bord eines solchen Luftfahrzeugs begangen wird;
(e) when the offence is committed by a national of that State.	(e) si l'infraction est commise par un ressortissant de cet État.	e) wenn die strafbare Handlung von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird.
2. Each State Party may also establish its jurisdiction over any such offence in the following cases:	2. Tout État partie peut également établir sa compétence aux fins de connaître de ces infractions dans les cas suivants:	(2) Jeder Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über eine solche strafbare Handlung auch in den folgenden Fällen begründen:
(a) when the offence is committed against a national of that State;	(a) si l'infraction est commise contre un ressortissant de cet État;	a) wenn die strafbare Handlung gegen einen Angehörigen dieses Staates begangen wird;
(b) when the offence is committed by a stateless person whose habitual residence is in the territory of that State.	(b) si l'infraction est commise par un apatride qui a sa résidence habituelle sur le territoire de cet État.	b) wenn die strafbare Handlung von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Staates hat.
3. Each State Party shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in Article 1 in the case where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite that person pursuant to Article 8 to any of the States Parties that have established their jurisdiction in accordance with the applicable paragraphs of this Article with regard to those offences.	3. Tout État partie prend également les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées à l'article 1 ^{er} dans le cas où l'auteur présumé de l'une d'elles se trouve sur son territoire et où ledit État ne l'extrade pas conformément à l'article 8 vers l'un des États parties qui ont établi leur compétence aux fins de connaître de ces infractions conformément aux paragraphes applicables du présent article.	(3) Jeder Vertragsstaat trifft ferner die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und dass der betreffende Staat ihn nicht nach Artikel 8 an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den anwendbaren Absätzen dieses Artikels ihre Gerichtsbarkeit über diese strafbaren Handlungen begründet haben.
4. This Convention does not exclude any criminal jurisdiction exercised in accordance with national law."	4. La présente Convention n'écarte aucune compétence pénale exercée conformément au droit interne.»	(4) Dieses Übereinkommen schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach nationalem Recht ausgeübt wird, nicht aus.“

Article VIII

Article 5 of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 5

The States Parties which establish joint air transport operating organizations or international operating agencies, which operate aircraft which are subject to joint or international registration shall, by appropriate means, designate for each aircraft the State among them which shall exercise the jurisdiction and have the attributes of the State of registry for the purpose of this Convention and shall give notice thereof to the Secretary General of the International Civil Aviation Organization who shall communicate the notice to all States Parties to this Convention.”

Article VIII

L'article 5 de la Convention est remplacé par le suivant:

«Article 5

Les États parties qui constituent, pour le transport aérien, des organisations d'exploitation en commun ou des organismes internationaux d'exploitation et qui exploitent des aéronefs faisant l'objet d'une immatriculation commune ou internationale désignent, pour chaque aéronef, suivant les modalités appropriées, l'État qui exercera la compétence et aura les attributions de l'État d'immatriculation aux fins de la présente Convention; ils aviseront de cette désignation le Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale, qui en informera tous les États parties à la présente Convention.»

Artikel VIII

Artikel 5 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 5

Vertragsstaaten, die Betriebsgemeinschaften für den Luftverkehr oder internationale Betriebsstellen bilden, welche einer gemeinsamen oder internationalen Eintragung unterliegende Luftfahrzeuge einsetzen, bezeichnen in geeigneter Weise für jedes Luftfahrzeug den Staat unter ihnen, der die Gerichtsbarkeit ausüben und die Eigenschaften des Eintragsstaats im Sinne dieses Übereinkommens haben soll; sie zeigen dies dem Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation an, der allen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens davon Kenntnis gibt.“

Article IX

Article 6, paragraph 4, of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 6

4. When a State Party, pursuant to this Article, has taken a person into custody, it shall immediately notify the States Parties which have established jurisdiction under paragraph 1 of Article 4, and established jurisdiction and notified the Depositary under paragraph 2 of Article 4 and, if it considers it advisable, any other interested States of the fact that such person is in custody and of the circumstances which warrant that person’s detention. The State Party which makes the preliminary enquiry contemplated in paragraph 2 of this Article shall promptly report its findings to the said States Parties and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.”

Article X

The following shall be added as Article 7^{bis} of the Convention:

“Article 7^{bis}

Any person who is taken into custody, or regarding whom any other measures are taken or proceedings are being carried out pursuant to this Convention, shall be guaranteed fair treatment, including enjoyment of all rights and guarantees in conformity with the law of the State in the territory of which that person is present and applicable provisions of international law, including international human rights law.”

Article XI

Article 8 of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 8

1. The offences set forth in Article 1 shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between States Parties. States Parties undertake to include the offences as extraditable offences in every extradition treaty to be concluded between them.

2. If a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, it may at its option consider this Convention as the legal basis for extradition in respect of the offences set forth in Article 1. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State.

Article IX

À l’article 6 de la Convention, le paragraphe 4 est remplacé par le suivant:

«Article 6

4. Lorsqu’un État partie a placé une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, les États parties qui ont établi leur compétence en vertu du paragraphe 1 de l’article 4 et établi leur compétence et informé le dépositaire en vertu du paragraphe 2 de l’article 4, et, s’il le juge opportun, tous autres États intéressés. L’État partie qui procède à l’enquête préliminaire visée au paragraphe 2 du présent article en communique rapidement les conclusions auxdits États parties et leur indique s’il entend exercer sa compétence.»

Article X

L’article 7^{bis} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 7^{bis}

Toute personne placée en détention ou contre laquelle toute autre mesure est prise ou une procédure est engagée en vertu de la présente Convention se voit garantir un traitement équitable et tous les droits et garanties conformes au droit interne de l’État sur le territoire duquel elle se trouve et aux dispositions applicables du droit international, y compris celles qui ont trait aux droits de l’homme.»

Article XI

L’article 8 de la Convention est remplacé par le suivant:

«Article 8

1. Les infractions visées à l’article 1^{er} sont de plein droit comprises comme cas d’extradition dans tout traité d’extradition conclu entre États parties. Les États parties s’engagent à comprendre l’infraction comme cas d’extradition dans tout traité d’extradition à conclure entre eux.

2. Si un État partie qui subordonne l’extradition à l’existence d’un traité est saisi d’une demande d’extradition par un autre État partie avec lequel il n’est pas lié par un traité d’extradition, il a la latitude de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l’extradition en ce qui concerne les infractions visées à l’article 1^{er}. L’extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par le droit de l’État requis.

Artikel IX

Artikel 6 Absatz 4 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 6

(4) Hat ein Vertragsstaat eine Person aufgrund dieses Artikels in Haft genommen, so notifiziert er unverzüglich den Vertragsstaaten, die nach Artikel 4 Absatz 1 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben und nach Artikel 4 Absatz 2 ihre Gerichtsbarkeit begründet und dies dem Verwahrer notifiziert haben, sowie, wenn er es für angebracht hält, jedem anderen interessierten Staat die Tatsache, dass diese Person in Haft ist, und die Umstände, welche die Haft rechtfertigen. Der Vertragsstaat, der die vorläufige Untersuchung nach Absatz 2 durchführt, unterrichtet die genannten Vertragsstaaten unverzüglich über das Ergebnis der Untersuchung und teilt ihnen mit, ob er seine Gerichtsbarkeit auszuüben beabsichtigt.“

Artikel X

Folgender Wortlaut wird als Artikel 7^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 7^{bis}

Wenn nach diesem Übereinkommen eine Person in Haft genommen wird oder gegen sie andere Maßnahmen getroffen werden oder ein Verfahren durchgeführt wird, so ist ihr eine gerechte Behandlung zu gewährleisten, die den Genuss aller Rechte und Garantien einschließt, die mit dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich befindet, sowie mit den anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen einschließlich derer über die Menschenrechte im Einklang stehen.“

Artikel XI

Artikel 8 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 8

(1) Die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die strafbaren Handlungen als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen in jeden zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es ihm frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im Übrigen den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

3. States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences set forth in Article 1 as extraditable offences between themselves subject to the conditions provided by the law of the requested State.

4. Each of the offences shall be treated, for the purpose of extradition between States Parties, as if it had been committed not only in the place in which it occurred but also in the territories of the States Parties required to establish their jurisdiction in accordance with subparagraphs (b), (c), (d) and (e) of paragraph 1 of Article 4 and who have established jurisdiction in accordance with paragraph 2 of Article 4.

5. The offences set forth in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 4 of Article 1 shall, for the purpose of extradition between States Parties, be treated as equivalent.”

Article XII

The following shall be added as Article 8^{bis} of the Convention:

“Article 8^{bis}

None of the offences set forth in Article 1 shall be regarded, for the purposes of extradition or mutual legal assistance, as a political offence or as an offence connected with a political offence or as an offence inspired by political motives. Accordingly, a request for extradition or for mutual legal assistance based on such an offence may not be refused on the sole ground that it concerns a political offence or an offence connected with a political offence or an offence inspired by political motives.”

Article XIII

The following shall be added as Article 8^{ter} of the Convention:

“Article 8^{ter}

Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite or to afford mutual legal assistance, if the requested State Party has substantial grounds for believing that the request for extradition for offences set forth in Article 1 or for mutual legal assistance with respect to such offences has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person’s race, religion, nationality, ethnic origin, political opinion or gender, or that compliance with the request would cause prejudice to that person’s position for any of these reasons.”

3. Les États parties qui ne subordonnent pas l’extradition à l’existence d’un traité reconnaissent les infractions visées à l’article 1^{er} comme cas d’extradition entre eux dans les conditions prévues par le droit de l’État requis.

4. Chacune des infractions est considérée, aux fins d’extradition entre États parties, comme ayant été commise tant au lieu de sa perpétration que sur le territoire des États parties tenus d’établir leur compétence en vertu du paragraphe 1, alinéas (b), (c), (d) et (e), de l’article 4, et qui ont établi leur compétence en vertu du paragraphe 2 de l’article 4.

5. Les infractions visées aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 4 de l’article 1^{er} sont, aux fins d’extradition entre États parties, traitées comme équivalentes.”

Article XII

L’article 8^{bis} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 8^{bis}

Aucune des infractions visées à l’article 1^{er} ne sera considérée, aux fins d’extradition ou d’entraide judiciaire, comme une infraction politique, comme une infraction liée à une infraction politique ou comme une infraction inspirée par des motifs politiques. En conséquence, une demande d’extradition ou d’entraide judiciaire fondée sur une telle infraction ne peut être refusée au seul motif qu’elle concerne une infraction politique, une infraction liée à une infraction politique ou une infraction inspirée par des motifs politiques.»

Article XIII

L’article 8^{ter} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 8^{ter}

Aucune disposition de la présente Convention ne sera interprétée comme impliquant une obligation d’extradition ou d’entraide judiciaire si l’État partie requis a des raisons sérieuses de croire que la demande d’extradition concernant les infractions visées à l’article 1^{er} ou la demande d’entraide judiciaire concernant de telles infractions a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne pour des raisons de race, de religion, de nationalité, d’origine ethnique, d’opinions politiques ou de sexe, ou que donner suite à cette demande porterait préjudice à la situation de cette personne pour l’une quelconque de ces raisons.»

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Jede der strafbaren Handlungen wird für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als sei sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet hat, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten begangen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben b, c, d und e zu begründen, und die ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 4 Absatz 2 begründet haben.

(5) Die in Artikel 1 Absatz 4 Buchstaben a und b genannten strafbaren Handlungen werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten gleichgestellt.“

Artikel XII

Folgender Wortlaut wird als Artikel 8^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 8^{bis}

Für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe wird keine der in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen. Folglich darf ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, das auf einer solchen strafbaren Handlung beruht, nicht allein mit der Begründung verweigert werden, dass es sich um eine politische Straftat, um eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder um eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat handle.“

Artikel XIII

Folgender Wortlaut wird als Artikel 8^{ter} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 8^{ter}

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernstliche Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen wegen in Artikel 1 genannter strafbarer Handlungen oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche strafbaren Handlungen gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer politischen Anschauungen oder ihres Geschlechts zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde.“

Article XIV

Article 9, paragraph 1, of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 9

1. When any of the acts set forth in paragraph 1 of Article 1 has occurred or is about to occur, States Parties shall take all appropriate measures to restore control of the aircraft to its lawful commander or to preserve the commander's control of the aircraft.”

Article XIV

À l'article 9 de la Convention, le paragraphe 1 est remplacé par le suivant:

«Article 9

1. Lorsque l'un des actes visés au paragraphe 1 de l'article 1^{er} est accompli ou sur le point d'être accompli, les États parties prennent toutes mesures appropriées pour restituer ou conserver le contrôle de l'aéronef à son commandant légitime.»

Artikel XIV

Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 9

(1) Ist eine der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Handlungen begangen worden oder im Begriff begangen zu werden, so treffen die Vertragsstaaten alle geeigneten Maßnahmen, um die Herrschaft des rechtmäßigen Kommandanten über das Luftfahrzeug wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten.“

Article XV

Article 10, paragraph 1, of the Convention shall be replaced by the following:

“Article 10

1. States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offences set forth in Article 1 and other acts set forth in Article 4. The law of the State requested shall apply in all cases.”

Article XV

À l'article 10 de la Convention, le paragraphe 1 est remplacé par le suivant:

«Article 10

1. Les États parties s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible dans toute procédure pénale relative aux infractions visées à l'article 1^{er} et aux autres actes visés à l'article 4. Dans tous les cas, le droit applicable est celui de l'État requis.»

Artikel XV

Artikel 10 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 10

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Strafverfahren, die in Bezug auf die in Artikel 4 genannten strafbaren Handlungen eingeleitet werden. In allen Fällen ist das Recht des ersuchten Staates anzuwenden.“

Article XVI

The following shall be added as Article 10^{bis} of the Convention:

“Article 10^{bis}

Any State Party having reason to believe that one of the offences set forth in Article 1 will be committed shall, in accordance with its national law, furnish any relevant information in its possession to those States Parties which it believes would be the States set forth in paragraphs 1 and 2 of Article 4.”

Article XVI

L'article 10^{bis} suivant est ajouté à la Convention:

«Article 10^{bis}

Tout État partie qui a lieu de croire que l'une des infractions visées à l'article 1^{er} sera commise fournit, en conformité avec les dispositions de son droit interne, tous renseignements utiles en sa possession aux États parties qui à son avis seraient les États visés aux paragraphes 1 et 2 de l'article 4.»

Artikel XVI

Folgender Wortlaut wird als Artikel 10^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

„Artikel 10^{bis}

Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, dass eine der in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen begangen werden wird, übermittelt in Übereinstimmung mit seinem nationalen Recht alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben den Vertragsstaaten, die nach seiner Auffassung zu den in Artikel 4 Absätze 1 und 2 genannten Staaten gehören.“

Article XVII

1. All references in the Convention to “Contracting State” and “Contracting States” shall be replaced by “State Party” and “States Parties” respectively.

2. All references in the Convention to “him” and “his” shall be replaced by “that person” and “that person's” respectively.

Article XVII

1. Toutes les mentions «État contractant» et «États contractants» figurant dans la Convention sont remplacées par «État partie» et «États parties», respectivement.

2. Modification du texte anglais sans objet en français.

Artikel XVII

(1) Durchgehende Änderung ohne Auswirkung auf die deutsche Übersetzung.

(2) Durchgehende Änderung ohne Auswirkung auf die deutsche Übersetzung.

Article XVIII

The texts of the Convention in the Arabic and Chinese languages annexed to this Protocol shall, together with the texts of the Convention in the English, French, Russian and Spanish languages, constitute texts equally authentic in the six languages.

Article XVIII

Les textes de la Convention rédigés en arabe et en chinois qui sont annexés au présent Protocole, conjointement avec les textes de la Convention rédigés en français, anglais, espagnol et en russe, font également foi.

Artikel XVIII

Die diesem Protokoll als Anlage beigefügten Wortlaute des Übereinkommens in arabischer und chinesischer Sprache sind zusammen mit den Wortlauten des Übereinkommens in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache gleichermaßen verbindlich.

Article XIX

As between the States Parties to this Protocol, the Convention and this Protocol shall be read and interpreted together as one single instrument and shall be known as The Hague Convention as amended by

Article XIX

Entre les États Parties au présent Protocole, la Convention et le présent Protocole sont considérés et interprétés comme un seul et même instrument, qui porte le titre «Convention de La Haye amendée par le

Artikel XIX

Im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten dieses Protokolls sind das Übereinkommen und das Protokoll als eine einheitliche Übereinkunft zu verstehen und auszulegen und werden als „Haager Übereinkommen in

the Beijing Protocol, 2010.

Article XX

This Protocol shall be open for signature in Beijing on 10 September 2010 by States participating in the Diplomatic Conference on Aviation Security held at Beijing from 30 August to 10 September 2010. After 27 September 2010, this Protocol shall be open to all States for signature at the Headquarters of the International Civil Aviation Organization in Montréal until it enters into force in accordance with Article XXIII.

Article XXI

1. This Protocol is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the International Civil Aviation Organization, who is hereby designated as the Depositary.

2. Ratification, acceptance or approval of this Protocol by any State which is not a Party to the Convention shall have the effect of ratification, acceptance or approval of The Hague Convention as amended by the Beijing Protocol, 2010.

3. Any State which does not ratify, accept or approve this Protocol in accordance with paragraph 1 of this Article may accede to it at any time. The instruments of accession shall be deposited with the Depositary.

Article XXII

Upon ratifying, accepting, approving or acceding to this Protocol, each State Party:

- (a) shall notify the Depositary of the jurisdiction it has established under its national law in accordance with paragraph 2 of Article 4 of The Hague Convention as amended by the Beijing Protocol, 2010, and immediately notify the Depositary of any change; and
- (b) may declare that it shall apply the provisions of subparagraph (d) of paragraph 3 of Article 1 of The Hague Convention as amended by the Beijing Protocol, 2010 in accordance with the principles of its criminal law concerning family exemptions from liability.

Article XXIII

1. This Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date of the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Depositary.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to this Protocol after

Protocole de Beijing de 2010».

Article XX

Le présent Protocole est ouvert à Beijing le 10 septembre 2010 à la signature des États participant à la Conférence diplomatique sur la sûreté de l'aviation tenue à Beijing du 30 août au 10 septembre 2010. Après le 27 septembre 2010, le Protocole sera ouvert à la signature de tous les États au siège de l'Organisation de l'aviation civile internationale à Montréal jusqu'à ce qu'il entre en vigueur conformément à l'article XXIII.

Article XXI

1. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale, qui est désignée par les présentes comme dépositaire.

2. La ratification, l'acceptation ou l'approbation du présent Protocole par tout État qui n'est pas un État partie à la Convention a l'effet d'une ratification, d'une acceptation ou d'une approbation de la Convention de La Haye amendée par le Protocole de Beijing de 2010.

3. Tout État qui ne ratifie, n'accepte ou n'approuve pas le présent Protocole conformément au paragraphe 1 du présent article peut y adhérer à tout moment. L'instrument d'adhésion sera déposé auprès du dépositaire.

Article XXII

Au moment de ratifier, d'accepter ou d'approuver le présent Protocole, ou d'y adhérer, tout État partie:

- (a) informera le dépositaire de la compétence qu'il a établie en vertu de son droit interne conformément au paragraphe 2 de l'article 4 de la Convention de La Haye amendée par le Protocole de Beijing de 2010, et informera immédiatement le dépositaire de tout changement;
- (b) pourra déclarer qu'il appliquera les dispositions de l'alinéa (d) du paragraphe 3 de l'article 1^{er} de la Convention de La Haye amendée par le Protocole de Beijing de 2010, conformément aux principes de son droit pénal concernant les exemptions de responsabilité pour raisons familiales.

Article XXIII

1. Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date du dépôt du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Pour tout État qui ratifie, accepte ou approuve le présent Protocole, ou qui y

der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung“ bezeichnet.

Artikel XX

Dieses Protokoll liegt am 10. September 2010 in Peking für die Teilnehmerstaaten der vom 30. August bis 10. September 2010 in Peking abgehaltenen Diplomatischen Konferenz über die Sicherheit der Luftfahrt zur Unterzeichnung auf. Nach dem 27. September 2010 liegt das Protokoll für alle Staaten am Sitz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Montreal zur Unterzeichnung auf, bis es nach Artikel XXIII in Kraft tritt.

Artikel XXI

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt, der hiermit zum Verwahrer bestimmt wird.

(2) Die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Protokolls durch einen Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, gilt als Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Haager Übereinkommens in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung.

(3) Jeder Staat, der dieses Protokoll nicht nach Absatz 1 ratifiziert, annimmt oder genehmigt, kann ihm jederzeit beitreten. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel XXII

Bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Protokolls oder dem Beitritt zu diesem

- a) notifiziert jeder Vertragsstaat dem Verwahrer, für welche Fälle er in Übereinstimmung mit Artikel 4 Absatz 2 des Haager Übereinkommens in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung seine Gerichtsbarkeit nach nationalem Recht begründet hat, und notifiziert dem Verwahrer umgehend etwaige Veränderungen und
- b) kann jeder Vertragsstaat erklären, dass er Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe d des Haager Übereinkommens in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung mit den Grundsätzen seines Strafrechts in Bezug auf die Straffreiheit von Familienangehörigen anwendet.

Artikel XXIII

(1) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Verwahrer in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten

the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession, this Protocol shall enter into force on the first day of the second month following the date of the deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. As soon as this Protocol enters into force, it shall be registered with the United Nations by the Depositary.

Article XXIV

1. Any State Party may denounce this Protocol by written notification to the Depositary.

2. Denunciation shall take effect one year following the date on which notification is received by the Depositary.

Article XXV

The Depositary shall promptly inform all States Parties to this Protocol and all signatory or acceding States to this Protocol of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the date of coming into force of this Protocol, and other relevant information.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries, having been duly authorized, have signed this Protocol.

Done at Beijing on the tenth day of September of the year Two Thousand and Ten in the English, Arabic, Chinese, French, Russian and Spanish languages, all texts being equally authentic, such authenticity to take effect upon verification by the Secretariat of the Conference under the authority of the President of the Conference within ninety days hereof as to the conformity of the texts with one another. This Protocol shall remain deposited in the archives of the International Civil Aviation Organization, and certified copies thereof shall be transmitted by the Depositary to all Contracting States to this Protocol.

adhère, après le dépôt du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le Protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Dès que le présent Protocole entrera en vigueur, il sera enregistré auprès des Nations Unies par le dépositaire.

Article XXIV

1. Tout État partie peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adressée au dépositaire.

2. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle le dépositaire aura reçu la notification.

Article XXV

Le dépositaire informera rapidement tous les États parties au présent Protocole et tous les États signataires ou qui adhéreront au présent Protocole de la date de chaque signature, de la date du dépôt de chaque instrument de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole et d'autres renseignements pertinents.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés, ont signé le présent Protocole.

Fait à Beijing le 10 septembre 2010 en langues française, anglaise, arabe, chinoise, espagnole et russe, tous les textes faisant également foi après la vérification effectuée par le Secrétariat de la Conférence, sous l'autorité du Président de la Conférence, dans les quatre-vingt-dix jours suivant cette date, pour ce qui est de la concordance des textes entre eux. Le présent Protocole sera déposé aux archives de l'Organisation de l'aviation civile internationale, et le dépositaire en transmettra des copies certifiées conformes à tous les États contractants au présent Protocole.

Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Der Verwahrer lässt dieses Protokoll sogleich nach seinem Inkrafttreten bei den Vereinten Nationen registrieren.

Artikel XXIV

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

Artikel XXV

Der Verwahrer unterrichtet unverzüglich alle Vertragsstaaten dieses Protokolls und alle Staaten, die es unterzeichnen oder ihm beitreten, über den Zeitpunkt jeder Unterzeichnung, der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde und des Inkrafttretens des Protokolls sowie über sonstige sachdienliche Informationen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Peking am 10. September 2010 in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; diese Verbindlichkeit tritt ein, sobald das Sekretariat der Konferenz im Auftrag des Präsidenten der Konferenz binnen neunzig Tagen ab diesem Zeitpunkt bestätigt hat, dass die Wortlaute übereinstimmen. Dieses Protokoll wird im Archiv der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt; beglaubigte Abschriften werden allen Vertragsstaaten des Protokolls vom Verwahrer übermittelt.

Denkschrift

A. Allgemeines

I. Bedeutung und Zweck

Das Pekinger Übereinkommen und das Pekinger Protokoll wurden am 10. September 2010 als Ergebnis einer Diplomatischen Konferenz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Peking angenommen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen und das Protokoll am 12. Oktober 2016 gezeichnet; beide völkerrechtlichen Verträge sind 2018 in Kraft getreten.

Das Pekinger Übereinkommen und das Pekinger Protokoll bedeuten einen weiteren Schritt, um die weltweite Verfolgung von Gewalttaten gegen den Zivilluftverkehr sicherzustellen. In Fortführung der langjährigen internationalen Bemühungen in diesem Bereich tragen das Pekinger Übereinkommen und das Pekinger Protokoll dazu bei, relevante widerrechtliche Handlungen gegen die Zivilluftfahrt noch wirksamer zu bekämpfen.

Frühere relevante Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland bereits ratifiziert hat, sind insbesondere das sogenannte Tokioter Abkommen von 1963 (BGBl. 1969 II S. 121, 122) und das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505, 1506) (im Folgenden: Haager Übereinkommen). Das weiterhin geltende Tokioter Abkommen enthält Regelungen zu Gerichtsbarkeit und Befugnissen des Luftfahrtkommandanten in Bezug auf strafbare und bestimmte andere, an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, die das Luftfahrzeug, Passagiere oder aber die Ordnung an Bord des Luftfahrzeuges gefährden. Das Haager Übereinkommen thematisiert demgegenüber Strafbarkeit und Rechtsfolgen der spezifischen Handlung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen. Das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt von 1971 (BGBl. 1977 II S. 1229, 1230) in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 24. Februar 1988 (BGBl. 1993 II S. 866; 1994 II S. 620) (im Folgenden insgesamt: Montrealer Übereinkommen) erfasst zudem umfangreiche weitere Gewaltakte, die von den vorherigen Übereinkommen nicht abgedeckt waren; so etwa den Fall der Sabotage und allgemein Gewalttaten, die sich nicht in einem im Flug befindlichen Luftfahrzeug, sondern auf einem internationalen Flughafen ereignen.

Das Pekinger Übereinkommen ersetzt durch seine vorrangigen Regelungen das Montrealer Übereinkommen und enthält weitere Ergänzungen, um eine lückenlose Strafverfolgung von widerrechtlichen Handlungen im Luftverkehr sicherzustellen.

Das Pekinger Protokoll gibt dem Haager Übereinkommen eine neue Fassung. Infolge der Änderungen entsprechen die Regelungen im Haager Übereinkommen und Pekinger Übereinkommen einander, sodass die Verpflichtungen der Staaten hinsichtlich der jeweils thematisierten strafbaren Handlungen einheitlich sind.

II. Grundprinzipien

Das Pekinger Übereinkommen und auch das Haager Übereinkommen in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung enthalten weiterhin Grundsätze

der abgelösten, bzw. geänderten, Vorgängerverträge. So sind die Vertragsstaaten verpflichtet, näher umschriebene Handlungen mit Strafe zu bedrohen und durch eine umfassende Zuständigkeitsregelung sicherzustellen, dass in allen Fällen zumindest ein Vertragsstaat für eine Strafverfolgung und Aburteilung zuständig ist.

Neben diesen weiterhin geltenden Grundsätzen enthält das Pekinger Übereinkommen die folgenden maßgeblichen Neuerungen:

- Die Straftatbestände im Bereich der Bekämpfung von Gewalttaten gegen den Zivilluftverkehr werden ausgeweitet und die entsprechenden Definitionen ergänzt.
- Die Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Gewährleistung ihrer Gerichtsbarkeit über die strafbaren Handlungen wird erweitert und zudem um fakultative Regelungen, von denen die Vertragsstaaten Gebrauch machen können, ergänzt.
- Die Staaten können die Verantwortlichkeit von juristischen Personen für die im Übereinkommen genannten Straftaten regeln.
- Rechte der beschuldigten Person werden ausdrücklich berücksichtigt.
- Es existiert eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Auslieferung oder des Leistens von Rechtshilfe für den Fall, dass der begründete Verdacht besteht, ein entsprechender Antrag werde gestellt, um die beschuldigte Person aus rassistischen Gründen oder Gründen der Religion, Nationalität, ethnischen Herkunft, politischen Ansicht oder des Geschlechts zu verfolgen.

Das Pekinger Protokoll bewirkt eine Angleichung der Vorgaben des Pekinger Übereinkommens für das Haager Übereinkommen von 1970: Die Strafbarkeit hinsichtlich der in dem Haager Übereinkommen geregelten Handlung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen ist entsprechend den Regelungen im Pekinger Übereinkommen ausgeweitet. Auch die (fakultativen) Vorgaben zu der Verantwortlichkeit juristischer Personen und einer Gewährleistung der Gerichtsbarkeit der Vertragsstaaten sind an die Vorgaben des Pekinger Übereinkommens angepasst. Das Pekinger Protokoll führt so zu einer weiteren Vereinheitlichung, um eine lückenlose Bestrafung von Gewalttaten gegen den Zivilluftverkehr sicherzustellen.

Die Neuerungen des Pekinger Übereinkommens und des Pekinger Protokolls sind in der Bundesrepublik Deutschland bereits Bestandteil des innerstaatlichen Rechts. Ein Umsetzungsbedarf wird durch das Pekinger Übereinkommen und das Pekinger Protokoll nicht ausgelöst.

B. Besonderes

I. Das Pekinger Übereinkommen

Das Pekinger Übereinkommen besteht aus einer Präambel und 25 Artikeln. Die Präambel betont die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der neuartigen Bedrohungen den rechtlichen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Zivilluftfahrt zu stärken.

Zu Artikel 1

Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens enthält die strafrechtliche Kernvorschrift des Übereinkommens. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich nach Artikel 3 des Übereinkommens, die hier genannten Straftaten mit schweren Strafen zu bedrohen.

Die in Absatz 1 Buchstabe a bis e des Pekinger Übereinkommens umschriebenen Handlungen übernehmen die bereits in Artikel 1 Absatz 1 des Montrealer Übereinkommens enthaltenen Vorschriften ohne maßgebliche Änderungen. Neuer Umsetzungsbedarf entsteht daher nicht. Nach diesen Vorgaben begeht eine Straftat, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fällt, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- eine gewalttätige Handlung gegen eine Person an Bord eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs verübt (Buchstabe a),
- ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug zerstört oder beschädigt (Buchstabe b),
- eine Vorrichtung oder eine andere Sache in ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, dieses Luftfahrzeug zu zerstören oder zu beschädigen (Buchstabe c),
- Flugnavigationseinrichtungen zerstört, beschädigt oder ihren Betrieb beeinträchtigt (Buchstabe d), oder
- wissentlich unrichtige Angaben macht (Buchstabe e),

wobei die jeweilige Handlung stets mindestens geeignet sein muss, die Sicherheit des Luftfahrzeugs, das sich in den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe a, d und e im Flug befinden muss, zu gefährden. Diese Vorgaben sind im deutschen Strafrecht insbesondere durch die §§ 145d, 211 ff., 223 ff., 239b, 240, 303, 315 Absatz 1 und 3, § 316c Absatz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 3 Strafgesetzbuch (StGB) und § 60 Absatz 1 Nummer 5 und 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) ausreichend umgesetzt (vgl. auch die Ausführungen zu den anwendbaren deutschen Strafvorschriften in der Denkschrift zum Montrealer Übereinkommen, BT-Drs. 8/216, S. 12).

Im Vergleich zum Montrealer Übereinkommen neu im Katalog der Straftaten, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen, sind die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f bis i des Pekinger Übereinkommens umschriebenen folgenden Handlungen:

- die Benutzung eines Luftfahrzeugs als Waffe (Buchstabe f);
- der Abwurf von biologischen, chemischen oder Kernwaffen oder explosionsgefährlichen, radioaktiven oder ähnlichen gefährlichen Stoffen aus einem Luftfahrzeug (Buchstabe g);
- das Verwenden von Waffen und Stoffen nach Buchstabe g gegen ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug (Buchstabe h);
- das Befördern oder Befördernlassen bestimmter gefährlicher Gegenstände an Bord eines Luftfahrzeugs (Buchstabe i).

Neuer Umsetzungsbedarf entsteht nicht, da die deutschen Strafvorschriften bereits eine Strafbarkeit für diese Taten vorsehen.

Nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f des Pekinger Übereinkommens begeht eine Straftat, wer widerrechtlich und vorsätzlich ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug benutzt, um den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- oder Umweltschäden zu verursachen. Da Fälle erfasst sein sollen, in denen ein Luftfahrzeug als Waffe verwendet wird, ist es erforderlich, dass die Person, die die Tat begeht, zumindest unmittelbar zu einer Tathandlung, die zu einem der in der Vorschrift genannten Rechtsgutsverletzungen führen kann und nach ihrem Willen auch führen soll, angesetzt und somit die Schwelle zum Versuch (§ 22 StGB) überschritten hat. Entsprechende Tathandlungen werden insbesondere durch die §§ 211 f., 223 ff., 303, 304 bis 305a, 306 bis 306c, 315 Absatz 1 und 3, § 315a Absatz 1 Nummer 2, § 316c Absatz 1 und 3, §§ 324 bis 325 auch in Verbindung mit § 330 Absatz 1 und 2, § 330a Absatz 1 bis 3 StGB, – bei denen jeweils auch der Versuch strafbar ist – erfasst.

Nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe g des Pekinger Übereinkommens begeht eine Straftat, wer widerrechtlich und vorsätzlich von einem im Einsatz befindlichen Luftfahrzeug biologische, chemische oder Kernwaffen oder explosionsgefährliche, radioaktive oder ähnliche Stoffe in einer Weise abwirft, auslöst oder ablässt, die den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- und Umweltschäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist. Entsprechende Tathandlungen mit Verletzungserfolg erfassen die Strafvorschriften der §§ 211 ff., 223 ff., 303, 304 bis 305a, 306 bis 306c, 307 Absatz 3, § 308 Absatz 2 bis 4, § 309 Absatz 3 bis 5, § 315 Absatz 3, § 316c Absatz 3, §§ 324 bis 325, § 330 Absatz 1 und 2 sowie § 330a Absatz 2 und 3 StGB. Soweit der Tatbestand des Buchstaben g als Gefährdungsdelikt ausgestaltet ist, findet sich eine Entsprechung in § 307 Absatz 1 und 2, § 308 Absatz 1 und 4, § 309 Absatz 1, 2 und 5, § 311 Absatz 1 und 2, § 315 Absatz 1 und 3, § 315a Absatz 1 Nummer 2, § 316c Absatz 1 Nummer 2, § 328 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 3 und 4, § 330 Absatz 1 und 2, § 330a Absatz 1 und 3 StGB.

Nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe h des Pekinger Übereinkommens ist unter Strafe zu stellen, wenn die gleichen Substanzen wie nach Absatz 1 Buchstabe g des Pekinger Übereinkommens, also biologische, chemische oder Kernwaffen oder explosionsgefährliche, radioaktive oder ähnliche Stoffe gegen ein im Einsatz befindliches Luftfahrzeug oder an Bord eines im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs in einer Weise eingesetzt werden, die den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Sach- und Umweltschäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist. Das deutsche Strafrecht entspricht diesen Vorgaben durch die gleichen Strafvorschriften des StGB wie im Hinblick auf Absatz 1 Buchstabe g und zusätzlich § 316c Absatz 1 Nummer 2 StGB.

Der im Vergleich zu dem Montrealer Übereinkommen ebenfalls neu eingefügte Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe i des Pekinger Übereinkommens stellt es in den Nummern 1 bis 4 unter Strafe, die folgenden Gegenstände an Bord eines Luftfahrzeugs zu befördern, befördern zu lassen oder deren Beförderung zu erleichtern: Sprengstoff oder radioaktives Material (Nummer 1); biologische, chemische oder Kernwaffen (Nummer 2); Ausgangsmaterial, besonderes spaltbares Material, oder Ausrüstungen oder Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbaren Material vorgesehen oder hergerichtet sind (Num-

mer 3); Ausrüstungen, Materialien oder Software und damit zusammenhängende Technologien, die wesentlich zur Entwicklung, Herstellung oder Lieferung einer biologischen, chemischen oder Kernwaffe beitragen (Nummer 4). Je nach Art der beförderten Sache enthalten Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe i Nummer 1 bis 4 des Pekinger Übereinkommens neben der Tathandlung des Transports noch spezifische subjektive Tatbestandsmerkmale wie die Kenntnis von oder die Absicht hinsichtlich einer bestimmten Verwendung, beziehungsweise der Kenntnis des spezifischen Charakters der Gegenstände. So setzt etwa Nummer 1 das Wissen voraus, dass die Sache verwendet werden soll, um den Tod, schwere Körperverletzungen oder schwere Schäden zu verursachen oder anzudrohen, mit dem Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen. Eine Strafbarkeit nach den Nummern 3 und 4 ist unter Bezugnahme auf Artikel 7 des Pekinger Übereinkommens ausdrücklich ausgeschlossen, wenn ein Vertragsstaat oder eine von ihm ermächtigte Person an der Tätigkeit beteiligt ist und die Beförderung mit bestimmten völkerrechtlichen Rechten, Verantwortlichkeiten und Pflichten aus dem anwendbaren mehrseitigen Nichtverbreitungsvertrag in Einklang steht (vgl. auch die Ausführungen zu Artikel 7 des Pekinger Übereinkommens).

Im deutschen Recht werden diese Vorgaben insbesondere durch § 328 StGB und § 89a Absatz 1 und 2 Nummer 2 und 3 StGB sowie gegebenenfalls, sofern der Transport der Stoffe einer späteren Haupttat dienen soll, durch die Vorschriften über die Teilnahmestrafbarkeiten (§§ 26 und 27 StGB), insbesondere im Hinblick auf Taten nach §§ 211 ff., 223 ff., 303, 304 bis 305a, 307 bis 309, 311, 324 bis 325, 330, 330a StGB, erfüllt. Stellt die Tat eine Unterstützung oder Beteiligung an einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung dar, kommen auch die Tatbestände der §§ 129 bis 129b StGB in Betracht. Darüber hinaus existieren relevante Vorschriften in strafrechtlichen Nebengesetzen. So sehen § 60 Absatz 1 Nummer 5 und 6 LuftVG eine Strafbarkeit für den Fall vor, dass Stoffe und Gegenstände, die durch Rechtsverordnung als gefährliche Güter eingestuft sind, insbesondere Giftgase, Kernbrennstoffe und andere radioaktive Stoffe, ohne die nach § 27 Absatz 1 und 2 LuftVG erforderliche Erlaubnis in einem Luftfahrzeug befördert oder mitgeführt werden. Nach den §§ 19, 20 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG) macht sich unter anderem strafbar, wer Atomwaffen und bestimmte biologische oder chemische Waffen einführt, ausführt, durch das Bundesgebiet durchführt oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet verbringt oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie ausübt oder wer einen anderen zu einer solchen Handlung verleitet oder eine solche Handlung fördert. Hinsichtlich des in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe i Nummer 1 des Pekinger Übereinkommens erfassten Umgangs mit Sprengstoff ist § 40 SprengG relevant, der auch für den Transport auf dem Luftweg ein unberechtigtes Umgehen mit explosionsgefährlichen Stoffen und ein unberechtigtes Überlassen unter Strafe stellt. Für den Fall, dass Passagiere Sprengvorrichtungen oder Teile davon in Sicherheitsbereiche eines Flughafens oder an Bord eines Luftfahrzeugs verbringen und auf diese Weise relevante Stoffe befördern, kann schließlich auch der Anwendungsbereich von § 19 Absatz 1 in Verbindung mit § 11 Absatz 1 Luftsicherheitsgesetz eröffnet sein.

Artikel 1 Absatz 2 des Pekinger Übereinkommens stellt keine neue Regelung dar. Die Straftatbestände wurden bereits durch das Protokoll vom 24. Februar 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, als Artikel 1 Absatz 1^{bis} in das Montrealer Übereinkommen aufgenommen, um auch widerrechtliche Handlungen auf Flughäfen zu erfassen. Nach der Vorschrift begeht eine Straftat, wer widerrechtlich und vorsätzlich unter Verwendung einer Vorrichtung, einer anderen Sache oder einer Waffe eine gewalttätige Handlung gegen eine Person auf einem Flughafen, der der internationalen Zivilluftfahrt dient, verübt, wenn diese Handlung schwere Körperverletzungen oder den Tod verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder die Einrichtungen eines Flughafens oder eines nicht im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs, das sich auf diesem Flughafen befindet, zerstört oder schwer beschädigt oder den Betrieb des Flughafens zum Erliegen bringt. Im deutschen Recht sind die Straftatbestände insbesondere von den §§ 211 f., 223 ff., 239, 239b, 240, 303, 305, 305a, 306 bis 306c, 315 und 316b StGB erfasst.

Im Vergleich zum Montrealer Übereinkommen stellt Artikel 1 Absatz 3 des Pekinger Übereinkommens eine Erweiterung der Strafbarkeit dar. Nach Absatz 3 begeht eine Straftat auch, wer damit droht, eine der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a, b, c, d, f, g und h oder in Absatz 2 genannten Straftaten zu begehen, oder widerrechtlich und vorsätzlich bewirkt, dass eine Person eine solche Drohung erhält, wenn dies unter Umständen geschieht, welche die Drohung glaubwürdig machen. Ausgenommen von diesem Straftatbestand sind damit nur die Androhung, durch wesentlich unrichtige Angaben die Sicherheit eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs zu gefährden (Absatz 1 Buchstabe e), sowie die Androhung der Beförderung der in Absatz 1 Buchstabe i genannten gefährlichen Güter an Bord eines Luftfahrzeugs. Im deutschen Recht werden Tathandlungen nach Artikel 1 Absatz 3 des Pekinger Übereinkommens durch § 241 StGB und § 126 Absatz 1 Nummer 2, 3, 6 und 7 und Absatz 2 StGB erfasst. In den Fällen, in denen eine Drohung im Sinne von Artikel 1 Absatz 3 des Pekinger Übereinkommens sogar mit einer Forderung nach einer Handlung oder Unterlassung verknüpft wird, kommt im deutschen Recht darüber hinaus eine Strafbarkeit nach § 240 StGB (ggf. i. V. m. § 22 StGB) und §§ 105 f. StGB in Betracht.

Artikel 1 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens enthält Vorgaben zur Strafbarkeit des Versuchs, der Teilnahme an Straftaten sowie der Unterstützung Dritter bei ihrem Vorhaben, sich der Strafverfolgung zu entziehen.

Die Regelungen zur Versuchsstrafbarkeit nach Absatz 4 Buchstabe a und der Strafbarkeit des Mittäters oder Gehilfen nach Absatz 4 Buchstabe c entsprechen den vorherigen Vorgaben des Montrealer Übereinkommens, sind jedoch um ergänzte Straftatbestände des Pekinger Übereinkommens erweitert (Buchstabe a verweist auf die Taten nach den Absätzen 1 und 2 und Buchstabe c auf Taten nach den Absätzen 1, 2, 3 und 4 Buchstabe a). Buchstabe b enthält die neu eingefügte Strafbarkeit der Organisation einer Straftat nach den Absätzen 1, 2, 3 oder 4 Buchstabe a und der Anweisung einer Person, eine solche Tat zu begehen. Im deutschen Recht ist die Strafbarkeit des Versuchs bei den relevanten Verbrechenstatbeständen nach § 23 StGB gegeben, bei den Vergehenstatbeständen durch die dort jeweils ausdrück-

lich geregelte Strafbarkeit des Versuchs; ersteres gilt etwa auch für die Straftatbestände des KrWaffKontrG. Die Vorschrift des § 60 LuftVG erfasst zudem auch Fälle, die in materieller Hinsicht dem Versuchsstadium angehören, da ein „Mitführen“ im Sinne des § 60 Absatz 1 Nummer 6 LuftVG tatbestandlich bereits vollendet ist, wenn das Luftfahrzeug betreten wurde. Die Beteiligung an einer Straftat im Sinne der Buchstaben b und c findet ihre deutsche Entsprechung in § 25 Absatz 2 und den §§ 26 und 27 StGB in Verbindung mit der jeweils begangenen Straftat. Zudem stellen § 19 (Strafvorschriften gegen Atomwaffen) und § 20 (Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen) KrWaffKontrG das Verleiten zu und die Förderung der jeweils in Absatz 1 Nummer 1 der Vorschriften genannten Taten unter Strafe.

Nach dem gegenüber dem Montrealer Übereinkommen neu eingefügten Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe d des Pekinger Übereinkommens begeht eine Straftat, wer widerrechtlich und vorsätzlich einer anderen Person dabei hilft, sich Ermittlungen, einer Strafverfolgung oder einer Bestrafung zu entziehen, wenn er weiß, dass diese Person eine Straftat nach dem Übereinkommen begangen hat, oder dass diese Person wegen einer solchen Straftat zum Zweck der Strafverfolgung gesucht wird oder wegen einer solchen Straftat verurteilt wurde. Im deutschen Strafrecht werden solche Fälle von §§ 258, 258a StGB erfasst. Allerdings bestimmt § 258 Absatz 6 StGB, dass straffrei bleibt, wer die Tat nach § 258 StGB zugunsten eines Angehörigen begeht. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, von der Möglichkeit des Artikels 21 Absatz 4 Buchstabe d des Pekinger Übereinkommens Gebrauch zu machen und bei Beitritt eine Erklärung zu der Straffreiheit von Familienangehörigen abzugeben.

Artikel 1 Absatz 5 des Pekinger Übereinkommens verpflichtet die Vertragsstaaten schließlich dazu, unter den dort genannten Voraussetzungen entweder die Verabredung zu der Begehung einer der in den Absätzen 1, 2 oder 3 genannten Straftaten (Buchstabe a) oder jeden anderen Beitrag zu der Begehung einer solchen Straftat durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen (Buchstabe b) unter Strafe zu stellen. Das deutsche Recht entspricht den Anforderungen des Buchstaben b mit § 129 Absatz 1 (Unterstützen einer kriminellen Vereinigung) und § 129a (Unterstützen einer terroristischen Vereinigung) StGB. Zusätzlich können auch die §§ 26, 27 und 30 StGB relevante Fälle erfassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält Definitionen einiger grundlegender Begriffe des Pekinger Übereinkommens. Ein Umsetzungsbedarf besteht nicht, da der Anwendungsbereich der relevanten Straftatbestände im deutschen Recht den durch die Definitionen in Artikel 2 des Pekinger Übereinkommens abgesteckten Anwendungsbereich der Taten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens umfasst.

Die Definitionen in Artikel 2 Buchstabe a und b des Pekinger Übereinkommens regeln, wann sich ein Luftfahrzeug im Sinne des Übereinkommens „im Flug“ und „im Einsatz“ befindet, und waren in dieser Form auch bereits im Montrealer Übereinkommen enthalten. „Im Flug“ befindet sich ein Luftfahrzeug danach von dem Augenblick an, in dem alle Außentüren nach dem Einstieg geschlossen worden sind, bis zu dem Augenblick, in dem

eine dieser Türen zum Aussteigen geöffnet wird. Im Falle einer Notlandung wird der Flug als fortdauernd angesehen, bis die zuständigen Behörden die Verantwortung für das Luftfahrzeug und die Personen und Sachen an Bord übernehmen. „Im Einsatz“ befindet sich ein Luftfahrzeug ab dem Beginn der Flugvorbereitungen für einen bestimmten Flug durch das Bodenpersonal oder die Besatzung bis zum Ablauf von 24 Stunden nach jeder Landung. Dabei umfasst der Zeitraum „im Einsatz“ in jedem Fall den gesamten Zeitraum „im Flug“.

Nach dem gegenüber dem Montrealer Übereinkommen neu eingefügten Buchstaben c sind unter dem Ausdruck „Flugnavigationseinrichtungen“ Signale, Daten, Informationen und Systeme zu verstehen, die für die Navigation des Luftfahrzeugs erforderlich sind.

Die in Buchstaben d, h und i enthaltenen Definitionen der Begriffe der „toxischen Chemikalie“, der „biologischen, chemischen oder Kernwaffen“, sowie des „Vorprodukts“ entsprechen den jeweiligen Definitionen in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d bis f des Übereinkommens vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt („SUA-Übereinkommen“, BGBl. 1990 II S. 494, 496) in der Fassung des Protokolls vom 14. Oktober 2005 („SUA-Änderungsprotokoll“, BGBl. 2015 II S. 1446, 1448, 1474). Entsprechende Definitionen finden sich in Teil A der Kriegswaffenliste, einer Anlage des KrWaffKontrG (vgl. auch die Ausführungen in der Denkschrift zum SUA-Änderungsprotokoll, BT-Drs. 18/5268, S. 42 f.)

Die Buchstaben e bis g des Artikels 2 des Pekinger Übereinkommens definieren den Begriff „radioaktives Material“ (Buchstabe e) sowie die für diese Definition relevanten Begriffe „Kernmaterial“ (Buchstabe f) und „mit den Isotopen 235 oder 233 angereichertes Uran“ (Buchstabe g). Die Definitionen in Buchstaben f und g finden sich bereits in Artikel 1 des Übereinkommens vom 26. Oktober 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial (BGBl. 1990 II S. 326, 327). Im deutschen Recht finden sich die entsprechenden Vorgaben in § 2 Absatz 1 Atomgesetz.

Artikel 2 Buchstabe j des Pekinger Übereinkommens verweist hinsichtlich der Ausdrücke „Ausgangsmaterial“ und „besonderes spaltbares Material“ auf die am 26. Oktober 1956 in New York beschlossene Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation. Die Satzung ist für Deutschland bereits 1957 in Kraft getreten (BGBl. 1958 II S. 2).

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 des Pekinger Übereinkommens verpflichten sich die Vertragsstaaten, die in Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens genannten Straftaten mit schweren Strafen zu bedrohen. Das deutsche Recht kommt dieser Vorgabe mit den Strafnormen, die Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens umsetzen, nach.

Zu Artikel 4

Nach Artikel 4 Absatz 1 kann jeder Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine juristische Person, die ihren Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat oder nach seinem Recht gegründet wurde, zur Verantwortung ziehen zu können. Eine Verantwortlichkeit soll

bestehen, wenn eine für die Leitung oder Kontrolle dieser juristischen Person zuständige Person in dieser Eigenschaft eine in Artikel 1 genannte Straftat begangen hat. Trifft ein Vertragsstaat eine solche Maßnahme, bemüht er sich nach Absatz 4 der Vorschrift sicherzustellen, dass die anwendbaren strafrechtlichen, zivilrechtlichen oder verwaltungsrechtlichen Sanktionen wirksam, angemessen und abschreckend sind. Das deutsche Recht sieht eine Verantwortlichkeit juristischer Personen für den Fall der Begehung, insbesondere einer Straftat durch eine Leitungsperson in § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), in Form der Festsetzung einer Geldbuße bereits vor. Das Höchstmaß der Geldbuße beträgt bei vorsätzlichen Straften 10 Millionen Euro und bei fahrlässigen Straftaten 5 Millionen Euro (§ 30 Absatz 2 OWiG). Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den die juristische Person aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das gesetzliche Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden (§ 17 Absatz 4 Satz 1 i. V. m. § 30 Absatz 3 OWiG). Die Verantwortlichkeit nach § 30 OWiG besteht, wie von Artikel 4 Absatz 2 vorgesehen, unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung der handelnden natürlichen Personen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 des Pekinger Übereinkommens entspricht Artikel 4 des Montrealer Übereinkommens und legt den Geltungsbereich des Übereinkommens fest.

Artikel 5 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens nimmt Luftfahrzeuge, die im Militär-, Zoll- oder Polizeidienst verwendet werden, von dem Anwendungsbereich des Übereinkommens aus. Absatz 2 beruht auf dem Gedanken, dass nur solche Flüge unter das Übereinkommen fallen sollen, die einen internationalen Bezugspunkt haben. Grundsätzlich ist danach das Übereinkommen sowohl bei internationalen Flügen als auch bei Inlandsflügen nur anwendbar, wenn der tatsächliche oder beabsichtigte Abflug- oder Landeort des Luftfahrzeugs außerhalb des Hoheitsgebiets des Eintragungsstaates dieses Luftfahrzeugs gelegen ist oder die Straftat im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als des Eintragungsorts des Luftfahrzeugs begangen wird. Ungeachtet des Absatzes 2 erklärt Artikel 5 Absatz 3 die Anwendbarkeit des Pekinger Übereinkommens für die Fälle, in denen die Person, die die Tat begangen hat oder der Tat verdächtig ist, außerhalb des Hoheitsgebiets des Eintragungsstaates angetroffen wird.

Artikel 5 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens enthält eine Sondervorschrift für Luftfahrzeuge, die gemäß Artikel 15 des Pekinger Übereinkommens von Betriebsgemeinschaften für den Luftverkehr oder internationalen Betriebsstellen eingesetzt werden.

Straftaten nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d des Pekinger Übereinkommens, die sich gegen Flugnavigationseinrichtungen richten, unterliegen nach Artikel 5 Absatz 5 des Übereinkommens nur dann dem Anwendungsbereich des Übereinkommens, wenn diese Flugnavigationseinrichtungen in der internationalen Luftfahrt verwendet werden. Die relevanten Straftatbestände im deutschen Recht sehen eine solche Einschränkung nicht vor, sodass der Anwendungsbereich insoweit weiter ist.

Absatz 6 erstreckt die für die vollendeten Handlungen geltenden Bestimmungen auch auf Versuchs- und Teilnahmehandlungen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 des Pekinger Übereinkommens regelt das rechtliche Verhältnis des Übereinkommens zu anderen völkerrechtlichen Vorgaben. Die entsprechenden Klauseln sind nicht neu, sondern finden sich auch in vergleichbaren sektoralen Antiterrorismusübereinkommen der Vereinten Nationen, wie in Artikel 4 des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen vom 13. April 2005 (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587).

Absatz 1 erklärt, dass das Pekinger Übereinkommen die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten für Einzelpersonen und Staaten aus dem Völkerrecht nicht berührt. Absatz 2 enthält die sogenannte militärische Ausnahmeklausel, nach der die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts sowie die Tätigkeiten von Streitkräften in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind, nicht in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen. Absatz 3 dient der Klarstellung, dass Absatz 2 nicht durch zweckwidrige Auslegung dafür genutzt werden darf, ansonsten rechtswidrige Handlungen zu entschuldigen oder für rechtmäßig zu erklären oder die strafrechtliche Verfolgung nach anderen Gesetzen zu verhindern.

Zu Artikel 7

Nach Artikel 7 des Pekinger Übereinkommens berührt das Übereinkommen nicht die Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für die Vertragsstaaten der jeweiligen Verträge aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, unterzeichnet am 1. Juli 1968 in Washington, London und Moskau, dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen, unterzeichnet am 10. April 1972 in Washington, London und Moskau, oder dem Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen, unterzeichnet am 13. Januar 1993 in Paris, ergeben.

Im Einklang mit Artikel 7 des Pekinger Übereinkommens erklärt Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe i a. E. des Pekinger Übereinkommens, dass die dort geregelte Strafbarkeit der Beförderung bestimmter Sachen an Bord eines Luftfahrzeugs nicht besteht, wenn an dem Transport ein Vertragsstaat oder eine von diesem ermächtigte Person beteiligt ist, und wenn die Beförderung mit den Rechten, Verantwortlichkeiten und Pflichten aus dem anwendbaren mehrseitigen Nichtverbreitungsvertrag im Einklang steht, dessen Vertragspartei der Vertragsstaat ist – einschließlich der in Artikel 7 genannten Verträge – oder zum Zwecke einer Verwendung oder Tätigkeit erfolgt, die mit diesen Rechten, Verantwortlichkeiten und Pflichten im Einklang steht.

Zu Artikel 8

Artikel 8 des Pekinger Übereinkommens führt in Absatz 1 die Fälle auf, in denen die Vertragsstaaten gehalten sind, ihre Gerichtsbarkeit für die dem Übereinkommen unterliegenden Straftaten zu begründen.

Die Buchstaben a bis d finden sich dabei bereits im Montrealer Übereinkommen. Danach begründet jeder Vertragsstaat seine Gerichtsbarkeit für die Fälle, in denen die Straftat in seinem Hoheitsgebiet (Buchstabe a), gegen ein in diesem Staat eingetragenes Luftfahrzeug oder an Bord eines solchen begangen wird (Buchstabe b), in denen das Luftfahrzeug, an Bord dessen die Straftat begangen wird, mit dem noch an Bord befindlichen Verdächtigen in seinem Hoheitsgebiet landet (Buchstabe c) oder in denen die Straftat gegen ein Luftfahrzeug oder an dessen Bord begangen wird, das ohne Besatzung an eine Person vermietet wurde, die ihre Hauptbetriebsleitung oder, wenn eine solche nicht besteht, ihren ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat (Buchstabe d). Diesen Vorgaben trägt das deutsche Recht durch die Regelungen in §§ 3, 4, 6 Nummer 2, 3 und § 7 Absatz 1 und 2 StGB Rechnung.

Die Buchstaben a und b werden von den §§ 3 und 4 StGB umgesetzt. § 3 StGB ist auch für die Umsetzung der Buchstaben c und d einschlägig, wenn sich das Flugzeug zur Zeit der Tat im inländischen Luftraum befindet. Bei den in § 6 Nummer 2 und 3 StGB genannten Taten werden die Buchstaben c und d über das dort verankerte Weltrechtsprinzip umgesetzt.

Im Übrigen wird Buchstabe c (Gerichtsbarkeit des Staates, in dem das Luftfahrzeug mit dem noch an Bord befindlichen verdächtigen Person landet) über § 7 Absatz 1 und 2 Nummer 1 (Opfer oder verdächtige Person hat die deutsche Staatsangehörigkeit) sowie über Absatz 2 Nummer 2 StGB umgesetzt. Hiernach gilt deutsches Strafrecht auch für eine Auslandstat einer ausländischen Person, wenn sie im Inland betroffen ist, die Tat am Tatort mit Strafe bedroht ist oder der Tatort keiner Strafverfolgung unterliegt und eine Auslieferung, insbesondere mangels eines Auslieferungersuchens, nicht erfolgt. Die Betroffenheit der verdächtigen Person im Inland, das heißt die Feststellung ihrer Anwesenheit, wird in den genannten Fällen spätestens mit ihrem Empfang durch die örtlichen Behörden (Flughafenpolizei) gegeben sein. Aufgrund der Verpflichtungen nach Artikel 1 und 3 des Pekinger Übereinkommens und der bereits umfassenden Regelungen im Montrealer Übereinkommen (siehe oben zu Artikel 1) ist davon auszugehen, dass jedenfalls in den Vertragsstaaten auch Tatortstrafbarkeit besteht; im Übrigen spricht die Entwicklung internationaler Strafrechtsübereinkommen dagegen, dass Buchstabe c (ebenso wie die Buchstaben d und e) überhaupt die Begründung der Gerichtsbarkeit unabhängig von der Tatortstrafbarkeit erfordert (vgl. näher BT-Drs. 18/5268, S. 46). Zudem werden Handlungen im Luftraum über der Hohen See (Tatort unterliegt keiner Strafverfolgung) ebenfalls von § 7 Absatz 2 Nummer 2 StGB erfasst. Erfolgt eine Auslieferung, fehlt es schon am praktischen Bedürfnis für eine zusätzliche deutsche Gerichtsbarkeit.

Buchstabe d (Straftat wird gegen ein Luftfahrzeug oder an dessen Bord begangen, das ohne Besatzung an eine Person vermietet wurde, die ihre Hauptbetriebsleitung oder, wenn eine solche nicht besteht, ihren ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat) wird zusätzlich durch § 4 StGB umgesetzt. Hiernach gilt deutsches Strafrecht bei Taten, die in einem Flugzeug begangen werden, das berechtigt ist, das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen. Dies erfordert, neben der Verkehrszulassung, die Eintragung in das Verzeichnis der deutschen Luftfahrzeuge (Luftfahrzeugrolle), vgl. § 2 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 5 LuftVG. Neben

Flugzeugen, die ausschließlich im Eigentum deutscher Staatsangehöriger stehen, werden gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 LuftVG auch solche in die Luftfahrzeugrolle eingetragen, an denen ein deutscher Staatsangehöriger ein Recht zum Besitz aufgrund eines für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten abgeschlossenen Mietvertrages oder eines dem Mietvertrag ähnlichen Rechtsverhältnisses hat. Nach § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 LuftVG sind juristische Personen und Gesellschaften des Handelsrechts mit Sitz im Inland deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt, wenn der überwiegende Teil ihres Vermögens oder Kapitals sowie die tatsächliche Kontrolle darüber deutschen Staatsangehörigen zusteht und die Mehrheit der Vertretungsberechtigten oder persönlich haftenden Personen deutsche Staatsangehörige sind. Damit werden im Ergebnis von § 4 StGB auch die praktisch relevanten Fälle erfasst, in denen ein deutscher Betreiber das Flugzeug ohne Besatzung („dry lease“) nur gemietet oder geleast hat.

Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe e des Pekinger Übereinkommens wurde gegenüber dem Montrealer Übereinkommen neu hinzugefügt. Danach muss jeder Vertragsstaat seine Gerichtsbarkeit für die Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens auch für Straftaten seiner eigenen Staatsangehörigen begründen. Die Vorgabe wird maßgeblich von § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB abgedeckt, wobei auch hier davon auszugehen ist, dass die Voraussetzung der Tatortstrafbarkeit aufgrund der durch die Vertragsstaaten vorgesehenen Tatbestände zumindest in den meisten Fällen erfüllt sein wird, da Buchstabe e einen Verzicht auf die Tatortstrafbarkeit gar nicht erfordert und Taten im Luftraum über der Hohen See ebenfalls von § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB erfasst werden (vgl. vorstehend zu Buchstabe c). Ist die Tat am Tatort nicht mit Strafe bedroht, ist deutsches Strafrecht zudem in den Fällen des § 5 Nummer 11a, § 6 Nummer 2 und 3 StGB anwendbar.

Sollte trotz der genannten Regelungen in Randbereichen noch eine Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c bis e geboten sein, wäre diese über § 6 Nummer 9 StGB gewährleistet.

Artikel 8 Absatz 2 der Vorschrift enthält rein fakultative Gerichtsstandsregelungen. Buchstabe a betrifft Straftaten gegen einen Staatsangehörigen des Vertragsstaates; Buchstabe b betrifft den Fall, in dem eine Straftat von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dem Hoheitsgebiet dieses Staates hat. Nach deutschem Recht kann in diesen Fällen deutsche Gerichtsbarkeit bei Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 3, 4, und 7 Absatz 1 und Absatz 2 Nummer 2 StGB begründet werden.

Nach Absatz 3 der Vorschrift hat jeder Vertragsstaat seine Gerichtsbarkeit für den Fall zu begründen, dass eine verdächtige Person sich in seinem Hoheitsgebiet befindet, und dass er diese nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die nach den anwendbaren Vorschriften des Artikels 8 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben. Das deutsche Recht entspricht diesen Vorgaben durch die Regelungen des § 7 Absatz 2 Nummer 1 (im Falle der Verweigerung der Auslieferung einer Person mit deutscher Staatsangehörigkeit) und Nummer 2 (im Falle der nicht erfolgenden Auslieferung einer ausländischen Person) StGB.

Nach Absatz 4 der Vorschrift bleiben daneben nach innerstaatlichem Recht bestehende Zuständigkeiten unberührt.

Zu Artikel 9

Artikel 9 des Pekinger Übereinkommens entspricht den Regelungen in Artikel 6 des Montrealer Übereinkommens und trifft nähere Bestimmungen für den Fall, dass ein Staat eine Person, die einer Straftat nach dem Pekinger Übereinkommen verdächtig ist, in seinem Hoheitsgebiet auffindet.

Artikel 9 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens verpflichtet die Vertragsstaaten, die Anwesenheit der verdächtigen Person vorläufig bis zur Einleitung eines Straf- oder Auslieferungsverfahrens sicherzustellen. Eine Bezugnahme auf das jeweilige nationale Recht stellt dabei sicher, dass sich Inhaftierung und weiteres Verfahren ausschließlich nach den Vorschriften des innerstaatlichen Rechts richten und durch das Übereinkommen kein neuer Haftgrund eingeführt wird. Haft und andere Maßnahmen dürfen jedoch nur solange andauern, wie es für die Einleitung eines Straf- oder Auslieferungsverfahrens erforderlich ist.

Gemäß Absatz 2 sind die Staaten verpflichtet, unverzüglich eine vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhaltes durchzuführen.

Absatz 3 enthält eine weitere Schutzvorschrift zugunsten der verdächtigen Person. Der Absatz wiederholt damit die Schutzpflichten aus Artikel 36 des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen. Der Vertragsstaat muss die verdächtige Person dabei unterstützen, Verbindung mit einem Vertreter des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, aufzunehmen. Nach der Regelung des Absatzes 4 muss der Vertragsstaat, der eine verdächtige Person in Haft genommen hat, die Vertragsstaaten, die nach Artikel 8 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens ihre Gerichtsbarkeit begründet haben und nach Artikel 21 Absatz 4 Buchstabe a ihre Gerichtsbarkeit begründet und dies dem Verwahrer notifiziert haben, sowie gegebenenfalls auch jeden anderen interessierten Staat über die Inhaftierung und die sie rechtfertigenden Umstände informieren. Dies geschieht im Wege einer Spontaninformation. Eine wesentliche Änderung zum Montrealer Übereinkommen ist nicht festzustellen. § 61a und § 92 (für den Verkehr mit Mitgliedstaaten der EU) des Internationalen Gesetzes über die Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) lassen einen spontanen Informationsaustausch schon jetzt zu. Artikel 9 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens sieht außerdem vor, dass der Staat, der die vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts nach Artikel 9 Absatz 2 vorgenommen hat, den anderen Staaten mitteilt, ob er seine Gerichtsbarkeit ausüben will. Diese Mitteilung kann anderen Staaten die Entscheidung darüber erleichtern, ob sie eine Auslieferung der verdächtigen Person verlangen wollen.

Zu Artikel 10

Artikel 10 des Pekinger Übereinkommens entspricht Artikel 7 des Montrealer Übereinkommens. Die Vorschrift verpflichtet die Vertragsstaaten, die Strafverfolgung gegen die verdächtige Person einzuleiten, sofern diese nicht ausgeliefert wird. Diese Verpflichtung gilt ohne Ausnah-

me. Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden haben ihre Entscheidungen nach den Rechtsvorschriften, die in dem betreffenden Staat für die Ahndung der nach allgemeinen strafrechtlichen Vorschriften strafbarer Handlungen schwerer Art bestehen, zu treffen. Innerstaatliche Vorschriften bleiben also unberührt, sodass Artikel 10 des Pekinger Übereinkommens etwa weiterhin nicht dazu verpflichtet, in jedem Fall Anklage zu erheben, sondern die Voraussetzungen, die das deutsche Recht für eine Strafverfolgung aufstellt, weiter zu berücksichtigen sind. Regelungen zu belastenden Sonderbehandlungen für Personen, die einer Straftat im Sinne des Pekinger Übereinkommens verdächtig sind, existieren im deutschen Recht nicht.

Zu Artikel 11

Der gegenüber dem Montrealer Übereinkommen neu eingefügte Artikel 11 des Pekinger Übereinkommens betrifft die Gewährung eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, im Fall einer Inhaftierung oder Vornahme anderer Maßnahmen gegen eine verdächtige Person eine Behandlung zu gewährleisten, die den Genuss aller Rechte und Garantien einschließt, die das jeweilige innerstaatliche Recht vorsieht und zudem mit anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen einschließlich derjenigen über die Menschenrechte in Einklang steht. Ein Umsetzungsbedarf besteht nicht, da deutsche Strafverfolgungsbehörden an Recht und Gesetz, insbesondere das Grundgesetz gebunden sind und die Wahrung der maßgeblichen Rechte umfassend in der deutschen Rechtsordnung gewährleistet ist.

Zu Artikel 12

Artikel 12 des Pekinger Übereinkommens regelt die Auslieferung und entspricht weitestgehend Artikel 8 des Montrealer Übereinkommens.

Gemäß Absatz 1 gelten die in Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens genannten Straftaten als solche Straftaten, die in zwischen den Vertragsstaaten bereits bestehende Auslieferungsverträge einbezogen sind und damit der Auslieferung unterliegen. Dies gilt sowohl für zweiseitige Auslieferungsverträge als auch für mehrseitige Auslieferungsübereinkommen im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten. In zukünftig abzuschließende Auslieferungsverträge zwischen den Vertragsstaaten sind die Straftaten ausdrücklich als der Auslieferung unterliegende Straftaten aufzunehmen. Dieser Pflicht ist die Bundesrepublik Deutschland nachgekommen. Die Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens sind insbesondere in StGB, KrWaffKontrG, LuftVG und SprengG enthalten (vgl. die Ausführungen zu Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens).

Absatz 2 berücksichtigt die – anders als im deutschen Recht – nach dem Recht einiger Staaten bestehende Besonderheit, die Auslieferung von dem Bestehen eines Auslieferungsvertrages abhängig zu machen. Diesen Staaten überlässt es Artikel 12 Absatz 2 des Pekinger Übereinkommens, bei Fehlen eines Auslieferungsvertrages das Pekinger Übereinkommen selbst für strafbare Handlungen nach Artikel 1 als Rechtsgrundlage für die Auslieferung anzusehen. Für Staaten, deren nationales Recht das Bestehen eines Auslieferungsvertrages nicht als Voraussetzung für eine Auslieferung vorsieht, regelt Artikel 12 Absatz 3 des Pekinger Übereinkommens, dass

die in Artikel 1 genannten Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen unter den Vertragsstaaten als der Auslieferung unterliegend anzuerkennen sind. Die in Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens genannten Straftaten sind im deutschen Recht auslieferungsfähig, da sie eine Mindesthöchststrafe von einem Jahr vorsehen.

Artikel 12 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens berücksichtigt, dass die Auslieferung nach dem Recht einiger Staaten – anders als in der Bundesrepublik Deutschland – nur wegen einer Tat bewilligt werden kann, die im Gebiet des ersuchenden Staates begangen wurde. Um die Auslieferungsmöglichkeiten zu erweitern, wird die Tat für die Zwecke der Auslieferung so angesehen, als sei sie auch im Hoheitsgebiet des Staates begangen worden, in dem das Luftfahrzeug eingetragen oder gelandet ist, oder in dem der Mieter eines Luftfahrzeugs ohne Besatzung seinen Sitz hat oder dessen Staatsangehörigkeit die Person, die die Straftat begangen hat, besitzt. Unter der Voraussetzung, dass von der fakultativen Gerichtsbarkeitsregelung des Artikels 8 Absatz 2 des Pekinger Übereinkommens Gebrauch gemacht wird, gilt die Tat zusätzlich auch als im Hoheitsgebiet des Staates begangen, dessen Staatsangehörigkeit das Opfer der Tat hat, bzw. in dessen Hoheitsgebiet die Person, die die Straftat begangen hat, ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Artikel 12 Absatz 5 des Pekinger Übereinkommens stellt klar, dass die in Artikel 1 Absatz 5 Buchstabe a und b genannten Straftaten, hinsichtlich derer eine fakultative Umsetzung von Buchstabe a oder b besteht, für die Zwecke der Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten gleichgestellt sind.

Zu Artikel 13

Artikel 13 des Pekinger Übereinkommens ist gegenüber dem Montrealer Übereinkommen neu eingefügt und stellt sicher, dass Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens nicht als politische Straftaten, aufgrund deren eine Auslieferung oder Rechtshilfe unzulässig ist, zu werten sind. Ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, das auf einer Straftat nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens beruht, darf folglich nicht allein mit der Begründung zurückgewiesen werden, dass es sich um eine politische Straftat handle. Entsprechende Regelungen enthalten auch schon das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321, 322) in den Artikeln 1 und 8 Absatz 1, das Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 14. Oktober 2005 (BGBl. 2015 II S. 1446, 1448, 1474; BGBl. 1990 II S. 494, 496) in Artikel 11^{bis} und viele andere Übereinkommen. Der in den meisten mehr- und zweiseitigen Übereinkommen auf dem Gebiet der Auslieferung vorgesehene Verweigerungsgrund der „politischen Straftat“ kann zu einer rechtlichen und tatsächlichen Besserstellung von Personen führen, die politische Motive für sich in Anspruch nehmen. Denn eine Strafverfolgung im Aufenthaltsstaat ist regelmäßig bereits dadurch erschwert, wenn nicht sogar unmöglich, dass die erforderlichen Beweismittel dort nicht verfügbar sind.

Diese Regelung löst keinen Umsetzungsbedarf aus. Zwar ist eine Auslieferung bei politischen Straftaten nach § 6

IRG ausgeschlossen, doch findet diese Bestimmung gemäß § 1 Absatz 3 IRG keine Anwendung, wenn die völkerrechtliche Vereinbarung unmittelbar anwendbares innerstaatliches Recht geworden ist.

Zu Artikel 14

Der neue Artikel 14 des Pekinger Übereinkommens erlaubt die Ablehnung eines Auslieferungs- oder Rechtshilfeersuchens, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernsthafte Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen wegen der Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten gestellt worden ist, um eine Person aus rassistischen Gründen, wegen ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer politischen Anschauung oder ihres Geschlechts zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde. Die Regelung ist vergleichbar beispielsweise in § 6 Absatz 2 IRG und Artikel 3 Absatz 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371) enthalten.

Zu Artikel 15

Artikel 15 des Pekinger Übereinkommens entspricht Artikel 9 des Montrealer Übereinkommens und regelt die Anwendbarkeit der Vorschriften, die auf der Eintragung eines Luftfahrzeugs in einem bestimmten Staat beruhen für den Fall, dass Luftfahrzeuge von Betriebsgemeinschaften für den Luftverkehr oder von internationalen Betriebsstellen eingesetzt werden. Eine Eintragung dieser Luftfahrzeuge in einem bestimmten Staat ist nicht erforderlich (vgl. auch Artikel 77 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt, BGBl. 1956 II S. 411, 412); stattdessen bezeichnen die Staaten, die die Betriebsgemeinschaft oder die Betriebsstelle bilden, den Staat, der die Gerichtsbarkeit ausüben und die Eigenschaft des Eintragungsstaates im Sinne des Übereinkommens besitzen soll.

Zu Artikel 16 bis 18

Die Artikel 16 bis 18 des Pekinger Übereinkommens thematisieren Maßnahmen der Prävention, Information und Zusammenarbeit, die die Vertragsstaaten im Hinblick auf Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens treffen sollen. Die Vorschriften sind an die Artikel 10 bis 12 des Montrealer Übereinkommens angelehnt und mit diesen weitgehend identisch.

Nach Artikel 16 Absatz 1 haben sich die Vertragsstaaten, in Übereinstimmung mit dem internationalen und innerstaatlichen Recht, darum zu bemühen, alle durchführbaren Maßnahmen vorzunehmen, um Straftaten nach Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens zu verhindern. Damit eine Verhinderung von strafbaren Handlungen durch das Treffen geeigneter Maßnahmen gegebenenfalls noch möglich ist, verpflichtet Artikel 18 des Pekinger Übereinkommens die Vertragsstaaten dazu, die in ihrem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben an die für die Strafverfolgung zuständigen Vertragsstaaten zu übermitteln, wenn ein Grund für die Annahme besteht, dass eine der in Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens genannten Straftaten begangen werden wird.

Im Verhältnis unter den Vertragsstaaten sieht Artikel 17 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens zudem die Gewährung weitestgehender Hilfe im Zusammenhang mit Strafverfahren vor, die in Bezug auf die in Artikel 1 genannten Straftaten eingeleitet werden. Artikel 17 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens lässt nach Artikel 17 Absatz 2 Verpflichtungen aufgrund eines anderen zwei- oder mehrseitigen Vertrages unberührt.

Damit Fluggäste, Besatzung und Luftfahrzeuge nicht länger als nötig festgehalten werden, verpflichtet Artikel 16 Absatz 2 die Vertragsstaaten schließlich dazu, so bald wie möglich Maßnahmen zu treffen, um die Fortsetzung der Reise zu ermöglichen und das Luftfahrzeug sowie dessen Ladung unverzüglich der zum Besitz berechtigten Person zurückzugeben.

Zu Artikel 19 bis 25

Die Artikel 19 bis 25 des Pekinger Übereinkommens enthalten Vorschriften über die Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung und Auslegung dieses Übereinkommens ergeben, sowie über Zeichnung, Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung und Unterrichtung über den Zeitpunkt entsprechender Ereignisse durch den Verwahrer.

Artikel 24 des Pekinger Übereinkommens regelt überdies, dass das Pekinger Übereinkommen dem Montrealer Übereinkommen (also dem am 23. September 1971 in Montreal unterzeichneten Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und dem am 24. Februar 1988 in Montreal unterzeichneten Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen) im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten vorgeht.

Schlussformel

Das Übereinkommen ist in den jeweils verbindlichen Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch abgefasst.

II. Das Pekinger Protokoll

Das Pekinger Protokoll besteht aus einer Präambel und 25 Artikeln. Die Präambel bekräftigt wie auch das Pekinger Übereinkommen den Bedarf einer verstärkten Zusammenarbeit und betont zudem die Notwendigkeit, das Haager Übereinkommen um zusätzliche Bestimmungen zu ergänzen und so die Wirksamkeit des Übereinkommens zu erhöhen.

Zu Artikel I

Artikel I des Pekinger Protokolls erläutert den Zweck des Protokolls, der in der Ergänzung des Haager Übereinkommens liegt.

Zu Artikel II

Artikel II des Pekinger Protokolls ersetzt Artikel 1 des Haager Übereinkommens durch einen neuen Artikel 1. Der neue Wortlaut des Artikels 1 des Haager Übereinkommens in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung (vgl. Artikel XIX Pekinger Protokoll; im Folgenden ist bei Bezug auf die geänderte Fassung von „neuen Artikeln“ des Haager Übereinkommens die Rede) gleicht Aufbau und Wortlaut an Artikel 1 des

Pekinger Übereinkommens an: Absatz 1 des neuen Artikels 1 des Haager Übereinkommens bezeichnet wie Artikel 1 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens die grundsätzlich strafbare Handlung; Absatz 2 des neuen Artikels 1 des Haager Übereinkommens regelt identisch zu Artikel 1 Absatz 3 des Pekinger Übereinkommens die Strafbarkeit der Androhung einer Handlung nach Artikel 1 Absatz 1 (Buchstabe a) und die Strafbarkeit des widerrechtlichen und vorsätzlichen Bewirkens, dass jemand eine solche Drohung erhält (Buchstabe b); Absatz 3 des neuen Artikels 1 des Haager Übereinkommens entspricht der Regelung in Artikel 1 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens und legt somit die Strafbarkeit von Versuch, Organisation und Anweisung der Begehung einer Tat, Mittäterschaft und Gehilfenschaft sowie der Strafvereitelung fest; Absatz 4 des neuen Artikels 1 des Haager Übereinkommens trifft schließlich die gleiche alternative Regelung zur Verbrechenverabredung und der Begehung der Tat durch eine Gruppe wie Artikel 1 Absatz 5 des Pekinger Übereinkommens.

Dem neuen Artikel 1 des Haager Übereinkommens fehlt im Vergleich zu dem Pekinger Übereinkommen aufgrund des unterschiedlichen Regelungsinhalts lediglich eine Entsprechung zu Artikel 1 Absatz 2 des Pekinger Übereinkommens, der eine Strafbarkeit von gewalttätigen Handlungen gegen Personen auf einem Flughafen oder gegen Einrichtungen eines Flughafens betrifft.

Der neue Artikel 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens ergänzt die strafbare Handlung der Inbesitznahme eines im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs oder die Herrschaftsausübung darüber, die ursprünglich durch Gewalt oder Nötigung oder durch eine andere Form der Einschüchterung erfolgen soll, um die Inbesitznahme oder Herrschaftsausübung durch den Einsatz technischer Mittel. Der Anwendungsbereich wird zusätzlich dadurch ergänzt, dass das Luftfahrzeug sich anders als im ehemaligen Artikel 1 des Haager Übereinkommens nicht im Flug, sondern lediglich im Einsatz befinden muss. In Anlehnung an die strafbaren Handlungen des Artikels 1 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens muss die Tathandlung jedoch nicht mehr nur widerrechtlich, sondern ausdrücklich auch vorsätzlich erfolgen. Der neue Artikel 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens ist im deutschen Recht bereits vollständig über § 316c Absatz 1 StGB umgesetzt, der ausdrücklich sowohl das im Einsatz als auch das im Flug befindliche Luftfahrzeug erfasst. Die Begehung der Tat durch Gewaltanwendung, Nötigung oder durch technische Mittel ist jeweils durch die Tatbestandsalternative des § 316c Absatz 1 Nummer 1 StGB erfasst („wer Gewalt anwendet oder die Entschlussfreiheit einer Person angreift oder sonstige Machenschaften vornimmt“).

Unterschiede im Vergleich zu Artikel 1 des Pekinger Übereinkommens ergeben sich für die übrigen Absätze 2 bis 4 des neuen Artikels 1 des Haager Übereinkommens nur hinsichtlich der unterschiedlichen Tathandlungen des Absatzes 1, auf die verwiesen wird. So erfasst der neue Artikel 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens die tatsächliche Inbesitznahme eines im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs oder die Ausübung der Herrschaft über ein solches. Der neue Artikel 1 Absatz 2 des Haager Übereinkommens, der die Drohung mit einer Handlung nach Absatz 1 und das Bewirken einer solchen Drohung unter Strafe stellt, ist im deutschen Recht insbesondere durch die Vorschriften der §§ 240 und 241 StGB und durch die allgemeinen Vorschriften über die Täterschaft (§ 25 StGB)

und die Anstiftung (§ 26 StGB) umgesetzt. Die Versuchstrafbarkeit des neuen Artikels 1 Absatz 3 Buchstabe a des Haager Übereinkommens ist durch § 316c Absatz 1, § 23 Absatz 1 i. V. m. § 12 Absatz 1 StGB ebenfalls erfasst. Hinsichtlich der durch die Bundesrepublik Deutschland bereits erfüllten Vorgaben des neuen Artikels 1 Absatz 3 Buchstabe b, c, d und des Artikels 1 Absatz 4 des Haager Übereinkommens gelten die Ausführungen zu Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe b, c, d und Artikel 1 Absatz 5 des Pekinger Übereinkommens sinngemäß.

Zu Artikel III

Artikel III des Pekinger Protokolls ändert Artikel 2 des Haager Übereinkommens geringfügig ab und verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, ebenso wie Artikel 3 des Pekinger Übereinkommens, die in Artikel 1 genannten strafbaren Handlungen mit schweren Strafen zu bedrohen. Diese Vorgabe ist durch die Strafrahmen der Tatbestände, die den neuen Artikel 1 des Haager Übereinkommens umsetzen, bereits erfüllt.

Zu Artikel IV

Artikel IV des Pekinger Protokolls fügt in das Haager Übereinkommen einen neuen Artikel 2^{bis} ein, der – identisch zu Artikel 4 des Pekinger Übereinkommens – fakultative Vorgaben zu der Verantwortlichkeit juristischer Personen macht. Die Ausführungen zu Artikel 4 des Pekinger Übereinkommens gelten entsprechend.

Zu Artikel V

Artikel V des Pekinger Protokolls nimmt Änderungen im Wortlaut des Artikels 3 des Haager Übereinkommens, der Definitionen enthält, vor.

Infolge dieser Änderungen entspricht der neue Artikel 3 Absatz 1 des Haager Übereinkommens der in Artikel 2 Buchstabe b des Pekinger Übereinkommens enthaltenen Definition eines im Einsatz befindlichen Luftfahrzeugs. Die hier bereits erfolgten Ausführungen zu Artikel 2 Buchstabe b des Pekinger Übereinkommens gelten insoweit entsprechend. Vor der Änderung durch das Pekinger Protokoll enthielt Artikel 3 Absatz 1 des Haager Übereinkommens die Definition eines im Flug befindlichen Luftfahrzeugs. Die Änderungen in dem neuen Artikel 3 des Haager Übereinkommens entsprechen der Erweiterung des Anwendungsbereichs des neuen Artikels 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens durch Artikel II des Pekinger Protokolls. § 316c Absatz 1 StGB entspricht der Definition des neuen Artikels 3 Absatz 1 des Haager Übereinkommens, da der Beginn der Flugvorbereitung dem im deutschen Recht vorgesehenen Betreten durch die Mitglieder der Besatzung oder Fluggäste oder dem Beginn der Beladung (vgl. § 316c Absatz 1 Satz 2 StGB) entspricht und § 316c StGB bis zu dem Zeitpunkt anwendbar ist, zu dem das Luftfahrzeug von den Mitgliedern der Besatzung und den Fluggästen planmäßig verlassen worden und die planmäßige Entladung abgeschlossen ist – dies kann sogar erst nach Ablauf von 24 Stunden der Fall sein.

Die Änderungen durch Artikel V Absatz 2, 3 und 4 des Pekinger Protokolls in Artikel 3 Absatz 3, 4 und 5 des Haager Übereinkommens sind lediglich redaktioneller Natur.

Zu Artikel VI

Artikel VI des Pekinger Protokolls ergänzt das Haager Übereinkommen um den neuen Artikel 3^{bis}, der inhaltsgleich zu Artikel 6 des Pekinger Übereinkommens das rechtliche Verhältnis des Übereinkommens zu anderen völkerrechtlichen Vorgaben regelt. Die oben getätigten Ausführungen zu Artikel 6 des Pekinger Übereinkommens gelten entsprechend.

Zu Artikel VII

Durch Artikel VII des Pekinger Protokolls wird der Wortlaut von Artikel 4 des Haager Übereinkommens in enger Anlehnung an Artikel 8 des Pekinger Übereinkommens neu gefasst. Infolgedessen wird – neben einer Erfassung des Territorialitätsprinzips in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a und fakultativen Vorgaben in Artikel 4 Absatz 2 – in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe e auch für das Haager Übereinkommen eine Verpflichtung begründet, die eigene Gerichtsbarkeit für den Fall sicherzustellen, dass die strafbare Handlung von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird. Die zu Artikel 8 des Pekinger Übereinkommens getätigten Ausführungen zur Umsetzung im deutschen Recht gelten entsprechend.

Zu Artikel VIII

Artikel VIII des Pekinger Protokolls konkretisiert Artikel 5 des Haager Übereinkommens durch die Festlegung, die Anzeige des die Gerichtsbarkeit ausübenden Staates im Falle von Betriebsgemeinschaften oder internationalen Betriebsstellen, habe gegenüber dem Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zu erfolgen. Der Wortlaut von Artikel 5 des Haager Übereinkommens entspricht durch diese Änderung Artikel 15 des Pekinger Übereinkommens. Die bereits getätigten Ausführungen zu Artikel 15 des Pekinger Übereinkommens gelten entsprechend.

Zu Artikel IX

Artikel IX des Pekinger Protokolls fasst Artikel 6 Absatz 4 des Haager Übereinkommens neu, sodass dieser die bei Inhaftierung einer verdächtigen Person bestehenden Informationspflichten des Artikels 9 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens spiegelt. Die Ausführungen zu Artikel 9 Absatz 4 des Pekinger Übereinkommens gelten entsprechend.

Zu Artikel X

Artikel X des Pekinger Protokolls ergänzt das Haager Übereinkommen um einen neuen Artikel 7^{bis}, dessen Wortlaut vollständig Artikel 11 des Pekinger Übereinkommens und der dort geregelten Rechtsstellung der beschuldigten Person entspricht. Auf die Ausführungen zu Artikel 11 des Pekinger Übereinkommens wird verwiesen.

Zu Artikel XI

Artikel XI des Pekinger Protokolls nimmt lediglich geringfügige und durch die Modifikation von Artikel 1 des Haager Übereinkommens begründete Änderungen des Wortlauts von Artikel 8 des Haager Übereinkommens vor. Die Vorschrift entspricht sinngemäß Artikel 12 des Pekinger Übereinkommens, sodass auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird.

Zu Artikel XII

Artikel XII des Pekinger Protokolls ergänzt das Haager Übereinkommen durch einen Artikel 8^{bis}, der festlegt, eine Verweigerung der Auslieferung mit der Begründung, es handele sich um eine politische Straftat, sei im Hinblick auf Handlungen nach Artikel 1 des Haager Übereinkommens nicht möglich. Das Haager Übereinkommen entspricht durch diese Ergänzung der Regelung in Artikel 13 des Pekinger Übereinkommens. Ein Umsetzungsbedarf ergibt sich für das deutsche Recht nicht. Zwar finden sich Handlungen der Flugzeugentführung im Ausnahmekatalog des § 6 Absatz 1 Satz 2 IRG nicht ausdrücklich, die dortige beispielhafte Aufzählung ist jedoch auch nicht als abschließend zu verstehen; der Gesetzgeber hat nach der Gesetzesbegründung zu § 6 IRG auch ausdrücklich darauf vertraut, dass eine solche Tat durch die Rechtsprechung nicht unter den Begriff der politischen Tat subsumiert werde (vgl. BT-Drs. 9/1338, S. 40).

Zu Artikel XIII

Der durch Artikel XIII des Pekinger Protokolls neu eingefügte Artikel 8^{ter} des Haager Übereinkommens entspricht Artikel 14 des Pekinger Übereinkommens und regelt die Ausnahme von der Auslieferungspflicht bei bestehendem Verdacht der Verfolgung der verdächtigen Person aus bestimmten Gründen. Ein Umsetzungsbedarf ergibt sich nicht. Die Ausführungen zu Artikel 14 des Pekinger Übereinkommens gelten entsprechend.

Zu Artikel XIV

Artikel XIV des Pekinger Protokolls nimmt lediglich geringfügige und durch die Modifikation von Artikel 1 des Haager Übereinkommens begründete Änderungen des Wortlauts von Artikel 9 Absatz 1 des Haager Übereinkommens vor. Ebenso wie der ehemalige Artikel 9 Absatz 1 des Haager Übereinkommens regelt die durch das Pekinger Protokoll modifizierte Fassung die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Herrschaft des rechtmäßigen Kommandanten bzw. der rechtmäßigen Kommandantin über das Luftfahrzeug wiederherzustellen oder aufrecht zu erhalten, wenn eine der in Artikel 1 Absatz 1 des Haager Übereinkommens genannten Handlungen begangen wurde oder im Begriff ist, begangen zu werden.

Zu Artikel XV

Artikel XV des Pekinger Protokolls nimmt geringfügige Änderungen des Wortlauts von Artikel 10 Absatz 1 des Haager Übereinkommens vor. Die Regelung entspricht

Artikel 17 des Pekinger Übereinkommens über die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten. Auf die Ausführungen zu Artikel 17 Absatz 1 des Pekinger Übereinkommens wird daher verwiesen.

Zu Artikel XVI

Durch Artikel XVI führt das Pekinger Protokoll in das Haager Übereinkommen den neuen Artikel 10^{bis} ein, der die Artikel 18 des Pekinger Übereinkommens entsprechende Verpflichtung der Vertragsstaaten begründet, sachdienliche Angaben an die Vertragsstaaten weiterzugeben, die nach seiner Auffassung ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 4 Absatz 1 und 2 des Haager Übereinkommens begründen können. Ein Umsetzungsbedarf ergibt sich für das deutsche Recht nicht. Die Ausführungen zu Artikel 18 des Pekinger Übereinkommens gelten sinngemäß.

Zu Artikel XVII

Artikel XVII des Pekinger Protokolls nimmt redaktionelle Änderungen vor, die für das gesamte Haager Übereinkommen gelten.

Zu Artikel XVIII

Artikel XVIII des Pekinger Protokolls erklärt die arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Fassung des Haager Übereinkommens jeweils gleichermaßen für verbindlich.

Zu Artikel XIX

Artikel XIX des Pekinger Protokolls regelt das Verhältnis des Pekinger Protokolls zu dem Haager Übereinkommen. Die Dokumente seien zwischen den Vertragsstaaten des Pekinger Protokolls als einheitliche Übereinkunft zu verstehen und auszulegen und als „Haager Übereinkommen in der durch das Pekinger Protokoll von 2010 geänderten Fassung“ zu bezeichnen.

Zu Artikeln XX bis XXV

Die Artikel XX bis XXV des Pekinger Protokolls enthalten Vorschriften über Zeichnung, Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung und Unterrichtung der Staaten über den Zeitpunkt entsprechender Ereignisse durch den Verwahrer.

Schlussformel

Ebenso wie das Haager Übereinkommen ist das Pekinger Protokoll in den jeweils verbindlichen Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch abgefasst.